



Antisemitische Allianzen nach dem 7. Oktober

**Zivilgesellschaftliches Lagebild
Antisemitismus #13**



**Bildungs- und Aktionswochen
gegen Antisemitismus**



Herausgeberin

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion Nikolas Lelle, Nicholas Potter, Vanessa Reichert,
Lukas Steinbrenner, Ilja Golland

Titelbild Katia Vásquez Pacheco

Gestaltung und Layout Wigwam eG, Berlin

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier

© Amadeu Antonio Stiftung, 2024

Das Projekt „Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus“ und die vorliegende Publikation wurden durch den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus gefördert.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMI dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Zugleich möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Stiftung überhaupt erst ermöglichen und mit tragen.

Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben und
den Kampf gegen Antisemitismus

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhalt

- 4 Einleitung
- 5 Kernbeobachtungen
- 6 Islamistischer Antisemitismus
- 10 Fallbeispiel #1 Hamas-Parolen auf dem Potsdamer Platz
- 12 Palästina, Provokation und Prävention:
Ein Interview mit Burak Yilmaz
- 16 Antisemitische Vorfälle seit dem
7. Oktober 2023 in Deutschland
- 18 Antiimperialistischer Antisemitismus
- 22 Fallbeispiel #2 Linker Kongress der Terrorverherrlichung
- 24 Parallelgesellschaften, der „Problembezirk“ und
der politische Islam: Interview mit Güner Balci
- 28 Antisemitismus unter Expats
- 30 Wie gehe ich mit Antisemitismus um?
- 32 Endnoten

Einleitung

Das Thema ist allgegenwärtig und wird dennoch nicht richtig bearbeitet. Ist Antisemitismus ein Problem von Muslim*innen, muslimisch gelesenen, bzw. (post)migrantischen Communities? Rechte bis rechts-extreme Kräfte in Deutschland versuchen seit vielen Jahren, genau das zu behaupten. Von „importiertem Antisemitismus“ wird gesprochen, wenn auf israelfeindlichen Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen oder Berlin Menschen judenfeindliche Parolen skandieren.

Schnell fällt dann auch die Jahreszahl 2015 und damit ist das Framing perfekt. Denn suggeriert wird, Bundeskanzlerin Angela Merkel habe mit der Entscheidung im Sommer dieses Jahres, die deutsche Grenze nicht zu schließen, unzählige Antisemit*innen ins Land gelassen – und seitdem tobe hier der antisemitische Mob.

Eine steile These, bedenkt man, dass es Antisemitismus schon seit vielen Jahrhunderten in Deutschland gibt. Die Nationalsozialist*innen konnten an diese Geschichte anschließen und den Antisemitismus in den Mittelpunkt ihrer Ideologie stellen. In der Shoah ermordeten sie sechs Millionen Jüdinnen*Juden aus ganz Europa. Aufgehalten wurden sie erst durch die Alliierten, die sie im Mai 1945 zur Kapitulation zwangen. Antisemitismus ist damit nicht aus Deutschland verschwunden. Die Liste der antisemitischen Vorfälle seitdem ist lang – und sie wird täglich fortgeschrieben.

Antisemitismus ist also ein urdeutsches Problem; eines, das lange wenig und dann von unten aufgearbeitet wurde. Abwehr zeigt sich noch heute, wo Antisemitismus aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft kleingeredet wird, wann immer er auftritt. Denn Antisemitismus attestiert man gerne den politischen Rändern und am liebsten „den Anderen“.

Eine Ausdrucksform dieser Abwehr ist die Rede vom „importierten Antisemitismus“. Auch diese Form fand neue Verwendung nach der genozidalen Gewalt der *Hamas* am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden terrorverherrlichenden Demonstrationen in Deutschland. Genau einen Monat nach dem Massaker stellte die *Alternative für Deutschland* (AfD) einen Antrag im Bundestag¹, in welchem Antisemitismus als Problem der „Zuwanderung“ verortet wurde. Der „Importierte Antisemitismus“, wird argumentiert, sei nicht nur eine Gefahr für Jüdinnen*Juden, sondern auch für „unser gesamtes westliches Wertesystem“. Die deutsche Bevölkerung dürfe nicht zum „Leidtragenden importierter Auslandskonflikte auf deutschem Boden werden“. Beatrix von Storch, die Antisemitismusbeauftragte der Bundestagsfraktion der AfD, schrieb in den

sozialen Netzwerken, man solle *Hamas*-Anhänger*innen nach Israel abschieben². Bereits hieran wird deutlich, dass es nicht um eine tatsächliche Bekämpfung von Antisemitismus zum Wohle von Jüdinnen*Juden geht, sondern um Externalisierungsstrategien. Das Problem soll mit „uns“ nichts zu tun haben und deshalb dahin zurück, wo es vermeintlich herkommt. Den Tatsachen entspricht das nicht.

Antisemitismus ist in Deutschland nicht importiert. Juden Hass war sogar ein Exportschlager der Nationalsozialist*innen, die zunächst christlich motivierten, europäischen Juden Hass mit rassistischen Fantasien per Rundfunk in die arabische Welt übertrugen³. Das passte hervorragend zu dem judenfeindlichen Islamismus, der mit dem Antisemitismus des Nationalsozialismus ohne Hindernisse verschmolz und bis heute die Talking Points der islamistisch motivierten Antizionist*innen liefert. Hinzu kommt, dass die spezifisch antisemitischen Traditionen verschiedener Länder bis heute als Resonanzraum für Mobilisierungen dienen, was sich auch auf deutschen Straßen zeigt. In einigen Ländern dieser Erde ist Juden- und Israel Hass schlicht Staatsdoktrin. Das findet seinen Ausdruck in schulischen Lehrplänen wie in der staatlichen und privaten Medienberichterstattung – und spielt auch hier in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle beim Nachdenken und Bearbeiten von Antisemitismus.

Bei der Rede vom „importierten Antisemitismus“ sind das Problem weder „die Muslime“ noch „die Migranten“ oder ähnliches. Das Problem zeigt sich in konkreten, benennbaren Gruppen, in Netzwerken und Organisationen, die auf deutschen Straßen und via Social Media ihren Hass verbreiten, indem sie sexualisierte Gewalt und Massaker durch Terrororganisationen abfeiern. Statt allgemeiner Zuschreibungen, die nichts erklären und auch nichts erklären wollen, ist es wichtig, konkret über die Problemlage zu sprechen. Das macht dieses zivilgesellschaftliche Lagebild #13, das die jüngste Allianz von Islamismus und Antiimperialismus seit dem 7. Oktober 2023 unter die Lupe nimmt.

Kernbeobachtungen

1. Für Jüdinnen*Juden ist die Lage seit dem 7. Oktober katastrophal, auch in der Diaspora.

Die sicheren Räume werden weniger und die Bedrohungslage ist dramatisch. Israelbezogener Antisemitismus greift um sich, getragen von einer Allianz aus Islamismus und Antiimperialismus.

2. Die antiimperialistische Linke erneuert im Kampf gegen den Staat Israel ihre altbewährte Allianz mit Islamist*innen.

In den Auseinandersetzungen um den *Hamas*-Terror vom 7. Oktober 2023 fand eine erneute Fusionierung des antiimperialistischen mit dem islamistischen Antizionismus statt. Gruppierungen aus beiden Lagern stehen Seite an Seite, ihre Demosprüche fließen ineinander.



Quelle: Katia Vázquez Pacheco

Antisemitischer Geschichtsrevisionismus auf einer israel-feindlichen Demonstration gegen das Verbot des „Palästina-Kongresses“ am 13.04.2024 in Berlin

3. Rechtsextreme instrumentalisieren den Kampf gegen Antisemitismus und Israelhass, um ihren Rassismus offen überall platzieren zu können.

Die Reaktionen nach dem 7. Oktober 2023 haben einmal mehr gezeigt, dass Teile der extremen Rechten ein instrumentelles Verhältnis zu Jüdinnen*Juden und zur Feindschaft ihnen gegenüber haben. AfD & Co. nutzen die Verherrlichung des *Hamas*-Terrors als Anlass, um Rassismus zu verbreiten.

4. Israelhass wirkt identitätsstiftend.

Die Rede von und die Forderung nach bedingungsloser Solidarität mit Palästina führt immer wieder zu israelbezogenem Antisemitismus und bedeutet schließlich auch die Unterstützung palästinensischer Terrororganisationen wie *Hamas* und *PFLP*, was eine Gefahr für die Demokratie darstellt. Sie bietet eine Gelegenheit, sich über Trennendes hinweg eine gemeinsame Identität zu konstruieren.

5. Soziale Medien spielen in der Allianz-bildung eine entscheidende Rolle.

Die Gruppierungen und Netzwerke der antiimperialistischen Linken und des Islamismus sind in den sozialen Medien sehr aktiv. Einige heizen, durch manipulatives Framing und Desinformation, die Stimmung gegen Jüdinnen*Juden und den Staat Israel an. Gerade antizionistische Influencer*innen nutzen die Dynamik, um Hetze zu verbreiten.

Islamistischer Antisemitismus

Am Morgen des 23. Novembers 2023 werden 21 Wohnungen und Vereine mutmaßlicher Islamist*innen durchsucht, der Großteil von ihnen in Berlin⁴. Die Razzia folgt auf das kürzlich erlassene Verbot der islamistischen Terrororganisation *Hamas* sowie des internationalen „Solidaritätsnetzwerks“ für palästinensische Gefangene *Samidoun*, das als Vorfeldorganisation der säkularen Terrororganisation *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (PFLP) gilt⁵. Der *Hamas* rechnet das *Bundesamt für Verfassungsschutz* in Deutschland etwa 450 Mitglieder zu⁶, obwohl sie als Terrororganisation in der EU seit Jahren auch in der Bundesrepublik de facto verboten ist.

Das Verbot des Bundesinnenministeriums ist nach dem Überfall der *Hamas* auf Israel vor allem ein klares Signal. Die ideologischen Bausteine der Bewegung sind schon längst rund um die Welt verbreitet. Auch in Deutschland.

Dass die islamistische Terrororganisation, die für den tödlichsten Angriff auf Jüdinnen*Juden seit der Shoah am 7. Oktober 2023 verantwortlich ist, auch in Europa eine akute Gefahr für jüdisches Leben darstellt, wird drei Wochen später, am 14. Dezember, nochmal besonders deutlich: Vier mutmaßliche *Hamas*-Mitglieder werden festgenommen, aufgrund eines Hinweises eines ausländischen Nachrichtendienstes – drei in Berlin, eines in Rotterdam⁷. Sie sollen Waffen gehortet und einen Anschlag auf jüdische Einrichtungen in Deutschland geplant haben.



Quelle: Katia Vásquez Pacheco

Positiver Bezug auf die Terrororganisation Hamas an einer Häuserwand in Berlin Kreuzberg, in der Nähe einer Synagoge.

Der islamistische Terror gegen Jüdinnen*Juden fordert immer mehr Leben. Und findet immer mehr Anhänger*innen. Diese antisemitische Ideologie hat ihre Wurzeln vor allem, aber nicht nur, in der *Muslimbruderschaft*. Bis heute ist die Bewegung unter Muslim*innen eine wichtige Kraft – auch in Europa.

Die *Muslimbruderschaft* wird 1928 von Hassan al-Bannā in Ägypten gegründet. Ihr Credo: Islam ist die Lösung – und zwar für alle Probleme. Aus der Religion wird so ein allumfassendes System mit politischen Ambitionen. Ihr Ziel: Ein übernationales Kalifat, in dem der Islam das Gesetz bestimmt. Die Muslimbrüder sind zunächst friedlich, wenden sich aber später zunehmend der Gewalt zu, um dieses Ziel zu erreichen.

Zur Theorie und Praxis der Bewegung gehört immer mehr die Idee einer „jüdischen Gefahr“⁸. Die Bruderschaft greift Juden*Jüdinnen in Ägypten an, entsendet Einheiten ins britische Mandatsgebiet Palästina für den Kampf gegen den Zionismus. Dort entsteht die *Muslimbruderschaft* noch vor der Staatsgründung Israels 1948, der Gazastreifen gilt als ihre Hochburg. Sie setzt zunächst auf Bildung und soziale Arbeit, auf Jugendzentren, Schulen und Hospitäler – und steigert so ihre Anhängerschaft.

Scheich Ahmad Yasin gründet zu diesem Zweck 1973 das „Islamische Zentrum“ in Gaza, finanziert mit Geld aus den Golfstaaten. Und mit dem Ausbruch der ersten sogenannten Intifada⁹ gründet Yasin, der schon davor bewaffnete Strukturen aufgebaut hatte, die „Bewegung des Islamischen Widerstands“, als Akronym auf Arabisch „Hamas“ – auch das Wort für „Eifer“. In der Gründungscharta bekennt sich die *Hamas* zur *Muslimbruderschaft*¹⁰. Und zum sogenannten Jihad gegen Israel.

Die Charta bezieht sich auch auf das antisemitische Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion“, das eine geheime jüdische Weltverschwörung behauptet. „Der Zionismus macht nirgends Halt: Nach Palästina strebt er eine Expansion vom Nil bis zum Euphrat an“, heißt es in der Charta der *Hamas*. Gewalt gegen Juden*Jüdinnen wird theologisch begründet. „Der Prophet – Allah segne ihn und schenke ihm Heil – sprach: ‚Die Stunde wird kommen, da die Muslime gegen die Juden so lange kämpfen und sie töten, bis sich die Juden hinter Steinen und Bäumen verstecken‘“, zitieren sie aus einem sogenannten Hadith Muhammads.



Der Großmufti und der Führer: Mohammed Amin al-Husseini trifft Adolf Hitler im Jahr 1941.

Auch Selbstmordattentate werden ab den 1980er Jahren theologisch gerechtfertigt, obwohl der Islam Suizid eigentlich verbietet – ein Wendepunkt im islamistischen Terror gegen Juden*Jüdinnen, der ab dem Ende der ersten Intifada 1993 den Terror gegen Israel stark prägte.

Der islamistische Antisemitismus wird auch von deutschen Nationalsozialist*innen stark geprägt. Mohammed Amin al-Husseini – der Großmufti Jerusalems und Anführer der Palästinenser*innen von 1921 bis zum Unabhängigkeitskrieg 1948 – wird zum glühenden Hitler-Verehrer, verbreitet NS-Propaganda im arabischen Raum, wird SS-Mitglied und mobilisiert Muslime für die *Waffen-SS* auf dem Balkan. Er lässt sich ab 1941 in Berlin nieder. „Die Juden hassen Mohammed und den Islam“, schreibt er 1937 in einer Proklamation an die islamische Welt. „Ruht nicht, bis euer Land von den Juden befreit ist.“¹¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg sagt der Gründer der *Muslimbruderschaft* al-Banna über al-Husseini: „Was für ein Held, was für ein Wunder von Mann [...], der mit der Hilfe Hitlers und Deutschlands ein Empire herausforderte und gegen den Zionismus kämpfte. Deutschland und Hitler sind nicht mehr, aber Amin al-Husseini wird den Kampf fortsetzen.“¹² So fusioniert der eliminatorische Antisemitismus mit islamistischem Judenhass. Eine Fusion, die bis heute anhält und Opfer fordert.

Die *Hamas* wird schnell zur Speerspitze der Muslimbrüder weltweit. Denn viele Anhänger aus Ägypten müssen aufgrund von Repression fliehen und schießen in anderen Ländern zu einem Leben in der ewigen Opposition verdammt zu sein. Die Feindschaft gegenüber Israel wird zum zentralen Thema der Bewegung:

Sie verbindet die teils zersplitterten Islamist*innen international. Für die islamistischen Brüder in Palästina werden Spenden gesammelt, die wieder in Terror fließen. Die Vernichtung Israels wird als erster Schritt auf dem Weg zum globalen Kalifat gesehen.

In Europa tritt die *Muslimbruderschaft* heute selten in der Öffentlichkeit auf. Sie agiert aber durch zahlreiche Organisationen, die ihre Ideologie propagieren – wie etwa die *Deutsche Muslimische Gemeinschaft* oder der Dachverband *Council of European Muslims*¹³. In Deutschland hatte die *Muslimbruderschaft* durch die *Deutsche Muslimische Gemeinschaft* einen erheblichen Einfluss auf den *Zentralrat der Muslime*, bevor sie 2022 vom Dachverband ausgeschlossen wurde^{14,15}.

Heute steht die Bewegung in Europa für einen legalistischen Islamismus, der seine Ziele hier nicht mit Gewalt, sondern durch Einfluss und Netzwerke durchzusetzen versucht. Die Ideologie des zentralen Ideologen Yusuf al-Qaradawi will die Integration von Muslim*innen in der westeuropäischen Diaspora verhindern – und ihre islamische Identität stärken. Sie gilt somit als Ablehnung der liberalen Demokratie.

Zum Angriff der *Hamas* auf Israel am 7. Oktober hieß es von der *Deutschen Muslimischen Gemeinschaft*, eine Muslimbrüder-nahe Organisation, lediglich: Die „israelische Kriegsmaschinerie“ bombe Gaza ununterbrochen und wolle das Leben aller Einwohner*innen im Küstenstreifen „auslöschen“¹⁶. „Wir rufen daher die Muslime in Deutschland auf, ihre Stimmen gegen Unrecht zu erheben“, heißt es weiter. Im November ruft sie Muslim*innen auf, in Solidarität mit Gaza zu fasten¹⁷.

Nicht nur innerhalb der internationalen *Muslimbruderschaft* selbst, sondern auch unter anderen islamistischen Strömungen stiftet der antisemitische Hass auf den jüdischen Staat Identität. Er vereint die sunnitischen Muslimbrüder mit schiitischen *Hisbollah*-Anhänger*innen oder Unterstützer*innen des Mullah-Regimes im Iran sowie Rechtsextremen der türkischen *Grauen Wölfe* – trotz aller kulturellen, sprachlichen und ideologischen Unterschiede. Sie alle sind in Deutschland aktiv – und fachen antisemitische Ressentiments in muslimischen und (post)migrantischen Milieus an. Islamistische Stimmen, die gegen Jüdinnen*Juden hetzen, sind immer wieder Gäste in Moscheevereinen wie der von der Türkei dirigierte *DİTİB* oder der islamistischen *Millî Görüş*.

Ein weiteres Beispiel ist *Hizb ut-Tahrir* (Partei der Befreiung), eine transnationale islamistische Bewegung, die von ehemaligen Muslimbrüdern mit aufgebaut wurde, viele von ihnen nach der Staatsgründung Israels palästinensische Flüchtlinge. Die deutlich radikalere Gruppe strebt ein globales Kalifat fußend auf der Scharia an. Die Bewegung ist in rund 40 Ländern aktiv, in Deutschland unterliegt sie seit 2003 einem Betätigungsverbot¹⁸. Sicherheitsbehörden gingen 2022 dennoch von rund 750 Anhänger*innen hierzulande aus¹⁹. Durch Social-Media-affine Tarnorganisationen agiert sie jedoch weiter – und findet im Netz ein Millionenpublikum.



Eine teuflische Gestalt: Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu mit blutverschmierten Händen.

Eine nennt sich *Realität Islam* und setzt sich laut Instagram-Profil „gegen Islamfeindlichkeit und Assimilation“ und für die „Bewahrung der islamischen Identität“ ein²⁰. 32.000 Follower hat sie auf *Instagram* und 42.000 auf *Facebook*. Durch stark emotionalisierende Sharepics, gespickt mit Fake News, wird Israel dämonisiert. In einem Beitrag ist von dem „pro-zionistische[n] Denkgefängnis“²¹ der Medien die Rede, weil diese Antisemitismus kritisieren. Dass das öffentlich-rechtliche Format *funk* sich auf den israelischen *Likud*-Politiker und sowjetischen Dissidenten Natan Sharansky – Erfinder des sogenannten 3D-Tests gegen Antisemitismus – bezieht, findet *Realität Islam* „wie Satire“²². Premierminister Benjamin Netanjahu wird immer wieder mit blutverschmierten Händen dargestellt²³. Israel wird konsequent in Anführungszeichen geschrieben, eine Delegitimierung des jüdischen Staates.

Als die *Hamas* am 7. Oktober israelische Kibbuzim überfiel, veröffentlichte *Realität Islam* lediglich ein Bild, auf dem es heißt: „Ya Allah, schütze unsere Geschwister in Palästina!“²⁴. Und weiter: „Möge Allah (t) die ungerechten Herrscher in der islamischen Welt dafür zur Rechenschaft ziehen, unseren Geschwistern nicht beizustehen!“ Klar wird: Der jüdische Staat hat aus Sicht von *Realität Islam* keine Legitimität, denn das Land sei allein Teil der islamischen Welt. Zwei Tage später, am 9. Oktober, heißt es auf einem offensichtlich von KI generierten Bild von Muslim*innen vor der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem: „Wir sind eins!“²⁵. Der Kampf der *Hamas* gegen Israel wird als eigener Kampf gesehen.

Eine weitere Gruppe von *Hizb ut-Tahrir* heißt *Generation Islam* und hat 75.000 Follower auf *Instagram* und 72.000 auf *Facebook*²⁶. In einem Beitrag verherrlicht die Gruppe den US-Soldaten Aaron Bushnell, der sich vor der israelischen Botschaft in Washington anzündete und Selbstmord beging, als Held²⁷. In einem weiteren Beitrag heißt es: „Eine Ummah, eine Einheit, eine Lösung. Khilafah“²⁸. Es ist ein Foto von einer Demonstration in Essen am 3. November 2023, auf der Mitglieder das Banner der Bewegung zeigten – das muslimische Glaubensbekenntnis in weißer Schrift auf schwarzem Hintergrund, das der Symbolik des *Islamischen Staates* verdächtig ähnlich sieht. Trotz Verbot der Bewegung *Hizb ut-Tahrir*. Immer wieder wurde an diesem Tag „Allahu Akbar“ skandiert²⁹. Frauen und Männer liefen getrennt.

In Hamburg ist *Muslim Interaktiv* besonders umtriebig, ebenfalls eine Tarnorganisation von *Hizb ut-Tahrir*, mit nur rund 3.000 Follower auf *Instagram*, nachdem ihre Seite nach dem 7. Oktober von der Plattform gelöscht wurde – offenbar aufgrund gewaltverherrlichender Beiträge³⁰. In der Vergangenheit trat die Gruppe uniformiert bei martialischen Demos auf, die sie filmten und auf *YouTube* hochluden³¹.



Davidstern in die Tonne: Ein Plakat auf einer antiisraelischen Demonstration am 4. November 2023 am Berliner Alexanderplatz.

Auf einer Demonstration im Mai 2021, als der Konflikt zwischen Israel und Gaza zuletzt aufflammte, standen Mitglieder zwischen leeren Särgen. „Israel Kindermörder“, brüllte die Menge. „Deutschland, das Land mit sechs Millionen toten Juden, will uns Muslimen mit erhobenem Zeigefinger über Antisemitismus belehren“, sagte ein Redner.³²

Zum 27. April 2024 mobilisierte *Muslim Interaktiv* zu einer Demonstration in Hamburg mit rund 1.000 Teilnehmenden.³³ „Allahu Akhbar“, skandierte die Menge. Immer wieder wurde von der Bühne die Errichtung eines Kalifats gefordert. Auf mehreren Schildern stand „Staatsräson tötet“, in Anspielung auf das Bekenntnis der Bundesregierung zur Sicherheit Israels.

Was alle drei Tarnorganisationen gemein haben: Sie schaffen und stärken eine Wir/Ihr-Dichotomie. Die Politiker*innen und Medien, so die Ideologie, würden Israelsolidarität und die Staatsräson von oben aufzwingen. Sie würden dabei Muslim*innen pauschal unter Antisemitismusverdacht stellen, so der Tenor. „Wärst du bereit, für ‚Israel‘ zu sterben?“, fragt etwa *Realität Islam* in einer Broschüre zur deutschen Staatsräson³⁴. „Erhebe deine Stimme gegen das Meinungs-diktat“, so die Losung.

Deutsche Qualitätsmedien werden dabei skeptisch gesehen, stattdessen dienen Medien wie der katari-sche Staatssender *Al Jazeera* oder das *Hamas*-nahe *Quds News Network* eher als Referenz. Ähnlich wie schon bei den verschwörungsideologischen Bewegungen der letzten Jahre versteht man sich dabei als ein Kollektiv der Rebellion und der Bescheid-Wissenden.

Fallbeispiel #1

Hamas-Parolen auf dem Potsdamer Platz

„*Hamas Ya Shabiya!*“, ruft ein Mann mit einer Kufiya auf dem Berliner Potsdamer Platz am Sonntag, den 15. Oktober 2023³⁵. Zu Deutsch: „*Hamas, du Bewegung des Volkes!*“ Der brutale Überfall der islamistischen Terrororganisation auf Israel ist kaum eine Woche her, als sich mehr als 1.000 Demonstrierende in der deutschen Hauptstadt versammeln. Offiziell ist der Protest als „*Mahnwache für die zivilen Opfer der Menschen in Nahost*“ angemeldet. Zu diesem Zeitpunkt sind noch keine israelischen Truppen in den Gazastreifen einmarschiert, in Israel wurden rund 1.200 Menschen, größtenteils Zivilist*innen, ermordet und mehr als 240 von der *Hamas* verschleppt. Ein Chor aus wütenden Stimmen mitten in Berlin wiederholt die Parole des Wortführers. „*Lasst die Waffen nicht los*“, so skandiert der Mann weiter auf Arabisch. Die Menge antwortet unisono. Und: „*Lasst die Zionisten nicht laufen.*“

Später ruft die überwiegend männliche Menge auf Arabisch im Takt: „*Mit unserem Blut und unserer Seele werden wir uns für al-Aqsa aufopfern*“ – in Bezug auf die drittheiligste Stätte im Islam, die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem. Oder: „*Millionen von uns gehen als Märtyrer nach Jerusalem.*“ Und immer wieder: „*Allahu Akbar!*“. Ein Meer aus Palästina-Flaggen weht über dem Potsdamer Platz. Die Stimmung ist aufgeheizt, bald wird es zu Ausschreitungen mit der Polizei kommen. Und auf Angriffe auf Jüdinnen*Juden.

Nicht alle Sprüche sind auf Arabisch, manche können von allen skandiert werden, wie etwa: „*Intifada bis zum Sieg! Stoppt die Besatzung! Krieg dem Krieg!*“ Eine Verherrlichung terroristischer Gewalt. Und eine Querfront schlechthin: Denn neben Islamist*innen, die die *Hamas* anfeuern, stehen linke Trotzki*innen und alternative Expats³⁶. Auch die sich als links verstehende Gruppierung *Palästina Spricht* hat zur Demonstration mobilisiert. Mitglieder der antizionistischen *Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost* sind ebenfalls anwesend. Sie alle sind in ihrem Hass gegen Israel vereint.

Ein bebrillter Mann mit Dreitagebart und pinken Haaren hält ein Schild hoch, auf dem auf Englisch zu lesen ist, dass seine Großeltern für die Shoah nicht verantwortlich seien – „*eure aber schon!*“. „*Wer seid ihr, uns Antisemiten zu nennen? Stop Israel Apartheid*“, heißt es weiter. Im Hintergrund wehen Flaggen der trotzkistischen Jugendsekte *Revolution*, die in der Vergangenheit in *Instagram*-Beiträgen zu einer dritten Intifada gegen Israel aufgerufen hat.

Eine Frau gibt dem Fernsehteam von *Kontraste* ein Interview, in dem sie die Shoah relativiert: „*Muss ich jetzt sozusagen zusehen, wie Deutschland einen Shoah [sic] an die Palästinenser [sic] verübt, indem sie das unterstützt und finanziert?*“³⁷

Zum 13. Oktober, gerade einmal zwei Tage her, hatte die *Hamas* zum globalen „*Tag des Zorns*“ aufgerufen.³⁸ Die ganze muslimische Welt solle „*aufstehen*“. Der Aufruf hatte durchaus Erfolg. Seitdem rollt eine Welle des Antisemitismus über den Globus.

In Berlin wurden mehrere Demonstrationen verboten, weil es in der Vergangenheit bei ähnlichen Versammlungen immer wieder zu antisemitischen Straftaten und Ausschreitungen gegen Presse und Polizei gekommen war. Ein Vorgehen, das immer wieder als rassistisch und pauschalisierend kritisiert wird.

Der Anmelder auf dem Potsdamer Platz erklärt die Mahnwache am 15. Oktober, die eigentlich nur für 50 Personen angemeldet wurde, sofort für beendet, er meldet stattdessen mit sofortiger Wirkung eine Demonstration für alle Anwesenden auf dem Potsdamer Platz an. Diese sieht die Polizei als Ersatz für eine Demonstration, die am 12. Oktober stattfinden sollte, aber verboten wurde – und will sie deshalb auflösen³⁹. Nicht ohne Gegenwehr: Demonstrierende widersetzen sich der Auflösung, teilweise mit Tritten, Schlägen und Schubsen gegen Polizist*innen. Böller knallen. Laut einer späteren Polizeimeldung werden Flaschen und Pyrotechnik auf Beamt*innen geworfen. Die Polizei, die angesichts der vielen Teilnehmenden über-rumpelt wirkt, reagiert aggressiv: Sie zerrt mutmaßliche Rädelsführer*innen gewaltsam aus der Menge heraus, setzt Pfefferspray und Faustschläge ein.

Die Bilanz der Polizei: 153 Festnahmen, 80 Strafanzeigen, 68 Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten und 24 verletzte Einsatzkräfte⁴⁰. Später wird die Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses um Verständnis bitten müssen: Drei Stunden lang wurde mitten in der Hauptstadt Terror gegen Jüdinnen*Juden verherrlicht.



Ausschreitungen und Hamas-Parolen: eine antiisraelische Demonstration auf dem Berliner Potsdamer Platz am 15. Oktober 2023

Direkt nach den Ausschreitungen am Potsdamer Platz berichtet die Polizei von einem Angriff auf ein jüdisches Restaurant in der benachbarten Stresemannstraße. Mutmaßliche Teilnehmende der Demonstration sollen gegen die Scheibe des Restaurants getreten und gespuckt haben, sie hätten laut Augenzeugen über Handgesten ein Maschinengewehr imitiert und auf das Restaurant gezielt, bevor sie fliehen konnten⁴¹. Berlinweit kommt es am selben Abend zu aufgemalten Davidsternen und israelfeindlichen Parolen vor Wohnhäusern.

Die Demonstration zeigt exemplarisch: Islamistische Parolen gegen Israel werden von immer mehr linken antizionistischen Aktivist*innen zumindest in Kauf genommen, wenn nicht aktiv gefeiert. Und die Parolen vom Potsdamer Platz münden in reale Bedrohungen gegen Jüdinnen*Juden in Deutschland. In den folgenden Monaten kommt es bundesweit zu ähnlichen Szenen.

Palästina, Provokation und Prävention: Ein Interview mit Burak Yilmaz

Geführt am 2. April 2024

Burak Yilmaz lebt als selbständiger Pädagoge und Autor in Duisburg. Sein Buch „Ehrensache: Kämpfen gegen Judenhass“ (2021) erschien im Suhrkamp Verlag. Burak Yilmaz initiierte das Projekt „Junge Muslime in Auschwitz“ und leitet die Theatergruppe „Die Blickwandler“, die nach einer gemeinsamen Fahrt nach Auschwitz das Stück „Benjamin und Muhammed“ inszenierte.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus: Herr Yilmaz, für Sie ist der Kampf gegen Antisemitismus „Ehrensache“ – so lautet der Titel Ihres Buches. Warum eigentlich?

Burak Yilmaz: Als *Kollegah* und *Farid Bang* 2018 den Echo-Preis gewonnen haben, mit einem Album, das die Songzeile „Mein Körper definierter als von Auschwitzinsassen“ enthält, waren Begriffe wie „Ehrenmann“ und „Ehrenfrau“ in der Jugendkultur starke Trendwörter. Und ich habe an vielen Schulen mitbekommen, dass die beiden Rapper als Ehrenmänner und dass Antisemitismus an sich als etwas Ehrenhaftes beschrieben wurden. Das hängt häufig mit einem patriarchalen Weltbild zusammen, nach dem Motto: Du musst entweder „Alpha“ sein – oder du bist Opfer. Mit diesem Opferbild werden etwa Jüdinnen und Juden, Frauen und Homosexuelle verbunden. In meiner Arbeit an Schulen erkläre ich, dass das einen historischen Kontext hat.

Nämlich?

Der Begriff „Ehre“ hat eine längere Geschichte, die mit Antisemitismus in Deutschland verwoben ist. Im Nationalsozialismus waren Beziehungen mit Jüdinnen und Juden als „Schande“ konnotiert und strafbar. Und Schande ist das Gegenteil von Ehre. Ich will diesen Begriff umdeuten: sich für Menschenrechte einzusetzen, und gegen Rassismus und Antisemitismus – das ist für mich eine Ehrensache. Und das kommt bei den Jugendlichen gut an.



Burak Yilmaz

Pädagoge und Autor

Oft wird behauptet, Jugendliche mit Migrationsgeschichte könnten mit der deutschen Erinnerungsarbeit wenig anfangen, das seien schließlich doch nicht ihre Vorfahren, ihre Schuld. Spiegelt das Ihre Erfahrung wider?

Den Spruch, „was interessiert mich das, was damals passiert ist“, höre ich eher von Jugendlichen aus der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft. Was ich von migrantischen Jugendlichen vielmehr höre, ist: Ja, aber was hat das denn mit unserer Diskriminierung zu tun? Dieses Gefühl kann sich in einer Art Opferkonkurrenz manifestieren. Mein Ansatz ist daher, ihre Lebenswelt erstmal aufzufangen und von dort aus Verbindungen in die Vergangenheit zu schaffen – etwa durch Videos auf *YouTube* und *TikTok*, die gerade trenden, oder Sprüche, die im Alltag fallen.

Vor allem seit dem 7. Oktober kursieren viele Videos und Sprüche, die als antisemitisch beschrieben werden könnten. Wie haben Sie die Situation direkt nach dem Angriff der Hamas erlebt?

Ich kann mich noch an den Morgen sehr gut erinnern, als ich die Pushnachricht bekommen habe, dass die *Hamas* durch den Grenzzaun gebrochen ist. Ich wusste sofort, dass das nicht nur den Nahen Osten verändern wird, sondern auch Deutschland. Und die Tage danach, an denen zum Beispiel Baklava in Neukölln zur Feier des Angriffs verteilt wurde oder Menschen die Dimension dieser Gewalt überhaupt nicht sehen oder verstehen wollten, hat mich zwar schockiert, aber nicht überrascht. Dass das Ausmaß antisemitischer und sexualisierter Gewalt an dem Tag viele Menschen nicht zum Umdenken gebracht hat, hat mir noch einmal ganz deutlich gezeigt: Es muss noch so viel in Bildungsarbeit investiert werden, wir haben noch so viel zu tun.

Welche Reaktionen haben Sie besonders schockiert?

Vor allem die Glorifizierung dieser terroristischen Gewalt. Es gab kurz danach eine Demo in Duisburg, auf der diese Gewalt gefeiert und der 7. Oktober als heldenreicher Tag bezeichnet wurde. Sie hoffen, dass alle das nachmachen. Aber es gibt auch Menschen, die sagen: Die palästinensische Sache ist ihnen wichtig, die brauchen einen eigenen Staat, aber so kann es mit der Hamas nicht weitergehen, weil sie ihre eigenen Leute total in Gefahr bringt. Solche Momente finde ich erhellend.

Gibt es Parallelen zwischen dem 7. Oktober und 9/11 für die Radikalisierung von Jugendlichen, vor allem mit Migrationsgeschichte?

Ja, ich hatte einen krassen Flashback. Cousins und Cousinen erleben gerade in der Schule, dass sie nach dem Angriff der *Hamas* Rede und Antwort stehen müssen. Aber sie fragen sich: Was hat die *Hamas* mit mir zu tun? Nur weil ich muslimisch bin, heißt das nicht, dass das meine Verwandten sind, die Israel angegriffen haben. Diese Rechtfertigung führt zu einem extrem unangenehmen Gefühl, sie werden in einen Topf mit den Terroristen des 7. Oktober geworfen. Sie müssen ständig gegen einen Pauschalverdacht des Antisemitismus arbeiten. Und das ist ermüdend.

Welche Auswirkungen hat das?

Ich weiß das von meiner eigenen Biografie nach 9/11: Ich wurde von der deutschen Mehrheitsgesellschaft mehr zum Muslim gemacht als von der muslimischen Community selbst. Letztere fragte mich eher: Bist du für Schalke oder Dortmund? Aber die Deutschen sagten: Na, rechtfertige dich mal für die islamistischen Terroranschläge. Man wird von außen als muslimisch gelabelt. Und mein Umgang als Jugendlicher damit war: Wenn sie sowieso denken, dass wir alle Terroristen sind, dann lass uns denen das doch mal richtig fett spiegeln. Mit vierzehn bin ich mit Freunden in die Bahn eingestiegen und wir haben „Allahu Akbar“ geschrien. Das war meine provokante Art, mit diesem Schmerz umzugehen. Und diesen Mechanismus erlebe ich heute ganz oft in der Jugendarbeit: Wenn die Mehrheitsgesellschaft die Jugendlichen nur als *Hamas*-Unterstützer sieht, dann geben sie der *Hamas* ihre Unterstützung – als Provokation. Denn sie bekommen oft nicht beigebracht, mit diesen Zuschreibungen umzugehen. Wir müssen über diesen Schmerz reden – und darüber, dass es auch Alternativen im Umgang damit gibt.

Zum Beispiel?

Bei mir persönlich haben diese Zuschreibungen eine starke Krise ausgelöst, weil ich bemerkt habe: Ich orientiere mein gesamtes Verhalten an den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft, indem ich diese Zuschreibungen völlig überspitze. Ich fragte mich: Wer bin ich persönlich? Was ist mein Charakter? Und für welche Werte trete ich ein? Es ist eine emotionale Leere. Aber es ist wichtig, betroffenen Jugendlichen zu sagen: Ich kenne dieses Gefühl sehr gut aus meinem Leben. Lasst uns zusammen gucken, wie wir gemeinsam aus all diesen Nummern rauskommen können. Wie wir Worte für unsere Erfahrungen finden, aber auch Worte dafür, wenn Gewalt von uns ausgeht.

Gleichzeitig haben islamistische Gruppierungen ein leichtes Spiel und fangen diese Frustration effektiv auf. Inwiefern bestimmen sie das Denken über Israel und den 7. Oktober?

Islamistische Bewegungen haben es geschafft, die Deutungshoheit an sich zu reißen – zum Thema Palästina, Israel oder muslimische Identität. Auf *TikTok* sagen sie: Wenn du ein richtiger Muslim bist, dann stehst du hinter Palästina. Und sie wissen, dass der Nahostkonflikt in den sozialen Medien das emotionalste Thema der Welt ist. Sie schneiden Videos von toten Kindern, weinenden Müttern und kaputten Gebäuden in Gaza. Islamisten haben es geschafft, 24/7-Dauerangebote zu schaffen – für die Fragen, für die Zweifel, für die Unsicherheiten dieser Jugendlichen. Mit Erfolg: Der 7. Oktober hat leider sehr viele Jugendliche emotionalisiert, die nun denken, Israel sei an allem schuld. Und die Accounts, die ich schon vor diesem Tag beobachtet habe, haben jetzt drei- oder viermal so viele Follower. Manche dieser Accounts haben inzwischen über 200.000 Abonnent*innen. Wo diese Entwicklung hinführt, macht mir Angst.

Wie schätzen Sie den Einfluss der Muslimbruderschaft ein?

Sehr groß, vor allem ideologisch. Wir müssen diese Gefahr endlich ernst nehmen. Aber stattdessen fördert man gerne muslimische Bewegungen, die den Muslimbrüdern inhaltlich nahestehen und ihre Ideologie verbreiten. Zu ihrer Strategie gehört auch, dezentral zu agieren. Es ist auch die Strategie der *Grauen Wölfe*, die jetzt schon im Falle eines Verbots darauf hinarbeiten, dass sie dezentral organisiert sind. Das bedeutet in der Praxis, dass beide nicht offen unter diesen Labels agieren.

Es gibt auch progressive muslimische Stimmen, die islamistische Organisationen kritisieren. Werden sie alleine gelassen?

Ich finde es immer wieder bemerkenswert, welche Hoffnung die deutsche Politik in die muslimischen Verbände hat, die beim Thema Antisemitismus oder Islamismus einfach nicht liefern – und zwar nicht nur seit dem 7. Oktober. Es gibt so wenig Selbstkritik, so selten eine klare Haltung von diesen Verbänden. Und ja, die progressiven Stimmen werden alleine gelassen. Das hat zur Folge, dass noch weniger Personen aus der Community sich kritisch äußern: Warum sollen sie sich in Gefahr bringen, wenn die Mehrheitsgesellschaft sie nicht schützt? Laut gegen Antisemitismus zu sein, kann schlimmstenfalls bedeuten, unter Polizeischutz leben zu müssen. Ohne Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft überlegt man zweimal, ob man so ein Leben möchte. Gleichzeitig werden diejenigen in der muslimischen Community, die gegen Antisemitismus arbeiten, selbst unter Verdacht gestellt oder als Antisemiten beschimpft. Das führt zu einer großen Frustration unter progressiven Kräften. Und das spitzt sich seit dem 7. Oktober zu. Denn sie machen eine doppelte Bildungsarbeit: Auf der einen Seite klären sie über Rassismus in der Mehrheitsgesellschaft auf, auf der anderen Seite über Antisemitismus in der eigenen Community.

Oft wird Neukölln zum Problembezirk schlechthin erklärt. Aber auch in Nordrhein-Westfalen, wo Sie herkommen, sind islamistische Gruppierungen erfolgreich. Woran liegt das?

Nach dem *Samidoun*-Verbot wusste ich sofort, dass sie nach Nordrhein-Westfalen ausweichen würden. Weil sie hier zwei Sachen finden: Jugendliche, die von Armut betroffen sind, was zu Frustration und Wut führt. Und Jugendliche, die von Rassismus betroffen sind, was nochmal frustrierter und wütender macht. Genau dieser Nährboden ist im Bundesland weit verbreitet. Das haben türkische Faschisten wie die *Grauen Wölfe* begriffen, das haben die Muslimbrüder begriffen, und das hat *Samidoun*, eine Vorfelddorganisation der palästinensischen Terrorgruppe PFLP, auch begriffen.

Wie sehen also effektive Präventionsstrategien aus?

Wir müssen radikal umdenken und in Bildung stark investieren. Und wir brauchen pädagogische Angebote, die längerfristig angedacht sind und entsprechend gefördert werden. Eine Finanzierung für ein halbes Jahr ergibt keinen Sinn mehr, wir brauchen eine für mindestens fünf Jahre. Und zwar nicht nur in der Jugendbildung, sondern auch in der Erwachsenenbildung – die Eltern vergessen wir in dieser Debatte sehr häufig. Wir brauchen endlich ein Demokratiefördergesetz. Oft stelle ich meine eigene Arbeit infrage, besonders seit dem 7. Oktober. Ich denke: Das bringt doch alles gar nichts. Viele im Bildungssektor sind momentan an ihren Grenzen.

Wie können wir Rassismus und Antisemitismus gemeinsam bekämpfen?

Es beginnt, indem wir beide Phänomene ernst nehmen – und genau das machen viele nicht. Der Attentäter von Halle kam in die Synagoge nicht rein, also griff er einen Dönerladen an: Wenn Rechtsextreme Rassismus und Antisemitismus zusammendenken, dann müssen wir das als demokratische Gesellschaft auch in unserer Bekämpfung tun.

Antisemitische Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 in Deutschland

Nicht erst seit dem Angriff der *Hamas* auf Israel am 7. Oktober 2023 zeigt sich: Sobald es im Nahostkonflikt eskaliert, nehmen auch in Deutschland die antisemitischen Vorfälle deutlich zu. Doch das Ausmaß ist diesmal erschreckender denn je.

Die folgende Auswahl von Vorfällen verdeutlicht das Ausmaß an Sachbeschädigungen, Schändungen, Bedrohungen, Beleidigungen und tätlichen Angriffen. Sie befinden sich in der von der *Amadeu Antonio Stiftung* geführten Chronik antisemitischer Vorfälle. Diese Chronik hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist nicht repräsentativ. Sie zeigt jedoch auf, wie alltäglich und allgegenwärtig Antisemitismus ist. Seit dem 7. Oktober nochmal mehr.

9. Oktober 2023, Hamburg

Angriff auf zwei Frauen nach israel-solidarischer Kundgebung⁴²

Zwei Männer greifen zwei Frauen von hinten an, schlagen und treten sie. Die Angreifer reißen den Frauen eine Israel-fahne aus der Hand und bespucken die Fahne. Die beiden Frauen sind zu diesem Zeitpunkt mit dem Abbau der Kundgebung beschäftigt.

16. Oktober 2023, Berlin

Paar wird mit Feuerwerkskörper angegriffen⁴³

Unbekannte greifen ein Paar, das sich auf Hebräisch unterhält, mit einem Feuerwerkskörper an.

18. Oktober 2023, Berlin

Brandanschlag auf jüdisches Gemeindezentrum⁴⁴

Zwei Menschen werfen nachts Molotowcocktails in die Richtung eines jüdischen Gemeindezentrums, in dem sich unter anderem eine Synagoge, eine Schule und eine Kita befinden. Das Gebäude wird dabei verfehlt. Später fährt ein Mann am jüdischen Gemeindezentrum vorbei und versucht, einen Gegenstand aus seiner Tasche zu ziehen. Die Polizei nimmt ihn direkt fest.

31. Oktober 2023, Frankfurt am Main

Antisemitische Graffiti am Gedenkort der ehemaligen Synagoge⁴⁵

Am Gedenkort der ehemaligen Synagoge werden Graffiti mit den Slogans „Stop Bombing Gaza, Free Palestine, Zionist Assassin“ gesprüht.



Zur Online-Chronik
antisemitischer Vorfälle:
✉ www.chronik-antisemitismus.de

31. Dezember 2023, Berlin

Mahnmal zur Rettung jüdischer Kinder beschmiert⁴⁶

Unbekannte beschmieren ein Mahnmal, das an die Kindertransporte erinnert, an die Rettung von jüdischen Kindern während des Nationalsozialismus. Die Schmiererei stellt die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem dar.

6. Januar 2024, Berlin

Angriff auf zwei Personen⁴⁷

Zwei Männer unterhalten sich in einem Schnellrestaurant abfällig gegenüber einer Frau und einem Mann, die Hebräisch sprechen. Nach einem Wortgefecht verschüttet einer der Männer in Richtung der Frau ein Getränk und schlägt sie mit einem Stuhl. Als sich ihr Begleiter schützend vor sie stellt, schlägt ihm der Angreifer ins Gesicht.

2. Februar 2024, Berlin

Angriff auf einen jüdischen Studenten⁴⁸

Als ein jüdischer Student der *Freien Universität Berlin* eine Bar in Berlin-Mitte verlässt, wird er aufgrund seines Aktivismus für die Freilassung der Geiseln in Gaza von einem Kommilitonen erkannt. Dieser verfolgt ihn und greift ihn mit Tritten und Schlägen an. Der jüdische Student wird mit starken Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht.

18. Februar 2024, Babenhausen

Holocaust-Mahnmal mit roter Farbe beschmiert⁴⁹

Unbekannte übergießen eine weiße Gedenkstele, die an die Holocaust-Opfer aus Babenhausen erinnert, mit roter Farbe.

8. März 2024, München

Verbotener antisemitischer Slogan auf Bungalow nahe Olympiastadion München⁵⁰

Unbekannte schmieren den strafbaren antisemitischen Slogan „From the River to the sea, Palestine will be free“ auf Arabisch an einen Wohnungseingang. Der Schriftzug bleibt monatelang unentdeckt. Er befindet sich genau in der Straße des Olympiadorfs, in der 1972 ein palästinensischer Terrorangriff mit Geiselnahme stattfand, bei dem elf israelische Athleten starben.

23. März 2024, Freiburg im Breisgau

Syrisches Restaurant bietet israelisches Gericht an und wird daraufhin bedroht⁵¹

Ein syrisches Restaurant teilt über Social Media, dass es einen israelischen Auberginenaufstrich anbieten wird. Daraufhin werden die Betreiber*innen über Privatnachrichten und Anrufe terrorisiert, antisemitisch beleidigt und im privaten Wohnumfeld bedroht, weiterhin werden Hauswände beschmiert.

Antiimperialistischer Antisemitismus

Eine junge Frau, die eine Kufiya über ihrer Schulter trägt, hält eine Baklava-Schachtel in ihren Händen. Sie wird begleitet von einem jungen Mann, der eine Palästina-Flagge auf seinen Rücken gespannt hat. Als sie das Gebäck aus Blätterteig, Pistazie und Zuckersirup an einer belebten Straße verteilt, bleiben einige Männer stehen.

Die Szene findet am 7. Oktober 2023 in Berlin-Neukölln statt – erst wenige Stunden, nachdem islamistische Terroristen das *Supernova*-Festival in der Negev-Wüste sowie dutzende weitere Kibbuzim an der Grenze zu Gaza überfallen haben.⁵² Rund 1.200 Menschen wurden ermordet, über 250 entführt. Für Mitglieder des *Samidoun*-Netzwerks ist der brutale Terror ein Anlass, um Süßigkeiten zu verteilen.

Samidoun schreibt via *Instagram*: „Es lebe der Widerstand des palästinensischen Volkes.“⁵³ Das Netzwerk teilt mit, es verteile Süßigkeiten „zur Feier des Sieges des Widerstandes“. Die offene Verherrlichung des *Hamas*-Terrors ruft Entsetzen hervor und markiert den Anfang vom Ende des *Samidoun*-Netzwerks in Deutschland.

Der Name kommt aus dem Arabischen und bedeutet „standhaft“. Die Gruppierung hat den Anspruch, ein „Solidaritätsnetzwerk für palästinensische Gefangene“ zu sein. Für die Standhaften. Allzu oft: für Terroristen. *Samidoun* wurde 2012 von Mitgliedern der PFLP in den USA gegründet. Die PFLP steht auf der Terrorliste der USA, der EU und Israels. In einer Pressemitteilung auf ihrer Webseite äußerte sie Unterstützung für die Angriffe der *Hamas* vom 7. Oktober⁵⁴.

Nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz das *Samidoun*-Verbot angekündigt hatte, teilt das Netzwerk mit, „dass wir standhaft bleiben und uns für das palästinensische Volk einsetzen werden, bis zum Sieg, zur Rückkehr und zur Befreiung“⁵⁵. In der Erklärung legt *Samidoun* ihr antiimperialistisches Weltbild offen. Eine antagonistische Sichtweise wird konstruiert: Unterdrückter vs. Unterdrückte, die Bösen vs. die Guten. Auf der einen Seite: der Imperialismus; genauer: die „imperialistischen Mächte“ – USA, Israel, Deutschland – die gewissenlos, machthungrig und zerstörungswütig seien. Auf der anderen Seite: die Ausgebeuteten, Entrechteten, Kolonialisierten. All dies wird gerade mehr denn je auf die Situation der Palästinenser*innen projiziert. Der Glaube an eine Verschwörung klingt an:

„Alle imperialistischen Mächte der Welt stehen Schlange, um die Zerstörung des palästinensischen Volkes zu bejubeln, zu finanzieren und zu bewaffnen.“⁵⁶ Gleichzeitig wird der Widerstand beschworen: „Palästinenser, Araber und internationale Menschen mit Gewissen werden sich nicht an dieser Zerstörung beteiligen.“

Der konstruierte Antagonismus ist unterkomplex. Die eine Seite wird zum absolut Guten, die andere zum absolut Bösen stilisiert. So werden die Israelis – ob Zivilist*innen oder Soldat*innen – zur Zielscheibe. Der Antagonismus lässt keine Gleichzeitigkeiten zu. Er hat keinen Platz für Solidarität mit den israelischen Geiseln der *Hamas*. Stattdessen wird Israel nicht selten mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

In der Linken hat der Antagonismus eine lange Tradition. Schon in den 1920er-Jahren wurde er propagiert. „Hierbei wurden die antikolonialen Befreiungskämpfe als Teil des weltweiten Klassenkampfes gegen den ‚Weltimperialismus‘ gedeutet“, stellen Thomas Hauray und Klaus Holz in ihrem Buch „Antisemitismus gegen Israel“ (2021) fest.⁵⁷



Quelle: Katia Vázquez Pacheco

Boycott gegen „Israhell“ – so wird der jüdische Staat auf einer Demonstration am 4. November 2023 am Berliner Alexanderplatz zur Hölle erklärt. Abgerundet mit dem Auge der Vorsehung, einem Symbol, das unter Verschwörungsideolog*innen beliebt ist.



Samidoun-Aktivist*innen verteilen auf der Sonnenallee in Berlin Baklava am 7. Oktober 2023.

1947 verkündete die Sowjetunion auf dem Gründungskongress der Kominform die „Zwei-Lager-Theorie“.⁵⁸ Diese „Theorie“, die zwischen kriegslüsterne und friedliebende Mächte unterschied, verteuftete den Feind. Hinter dem „Weltimperialismus“ glaubte man, eine Elite von „Dollarkönigen“ zu erkennen.⁵⁹

Die Sowjetunion ging in den frühen 1950er-Jahren, im Zuge der israelischen Westorientierung, auf die arabischen Nachbarstaaten Israels zu.⁶⁰ Jene Entwicklung hatte strategische und machtpolitische Gründe. Nach dem Sechstagekrieg im Juni 1967 wurde die Entwicklung von antizionistischer Propaganda begleitet.⁶¹

Antimperialismus und Antizionismus waren aber sowohl in der DDR als auch in der Linken Westdeutschlands fest verankert. 1969 verübten westdeutsche Linksterrorist*innen einen Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in der Berliner Fasanenstraße. Technische Mängel verhinderten letzten Endes die Explosion. Die *Tupamaros West-Berlin* begründeten ihren Anschlag mit „faschistischen Gräueltaten Israels“. Die Israelis werden hier als die neuen Nazis gezeichnet.⁶²

Auch andere Linksterrorist*innen wie Mitglieder der *Roten Armee Fraktion* (RAF) besuchten paramilitärische Ausbildungslager samt Schießtrainings der *Fatah*. Die *Fatah* ist Teil der *Palästinensischen Befreiungsorganisation* (PLO), die maßgeblich am Münchner Olympia-Attentat 1972 beteiligt war. Sie überfiel damals das israelische Wohnquartier und ermordete insgesamt elf Israelis.

Bis heute ist das antiimperialistische und antizionistische Weltbild, das Gewalt gegen Israelis und Jüdinnen*Juden gutheißt, in Teilen der deutschen Linken fest verankert. Im November 2020 schrieb das *Samidoun*-Netzwerk: „Welche Sprache verstehen die zionistischen Verbrecher, außer der Sprache des bewaffneten Kampfes?“⁶³

In Deutschland wurde *Samidoun* von der *Roten Hilfe* unterstützt: Die linke Rechtshilfeorganisation stellte der Gruppierung ihr Bankkonto für Spenden zur Verfügung. Im Oktober 2023 erklärte der Bundesverband der *Roten Hilfe* die Zusammenarbeit jedoch für beendet, bevor die Berliner Ortsgruppe diese Distanzierung wieder zurückwies.⁶⁴ „Unabhängig von unserer Position zu *Samidoun* verurteilen wir die staatlichen Bestrebungen, *Samidoun* zu verbieten“, heißt es im Statement.

Der deutsche *Samidoun*-Ableger, der rund 4.500 *Instagram*-Follower hatte, wurde Anfang November 2023 durch das Bundesinnenministerium verboten.⁶⁵ Bis heute wird, trotz Verbot, im Netz aufgerufen, *Samidoun* Deutschland per Spende zu unterstützen. „Wir können derzeit keine Online-Spenden annehmen, verarbeiten jedoch Papierschecks“, heißt es.⁶⁶ Man solle Schecks an die *Alliance for Global Justice* in den USA senden. Nach dem Verbot erklärten antiimperialistische Gruppen wie *Palästina Spricht* ihre Solidarität: „Wir verurteilen das Verbot von *Samidoun* und stehen in diesem Kampf für die Befreiung Palästinas solidarisch an der Seite unserer Genoss:innen von *Samidoun*.“⁶⁷

Schon zuvor hatte die Gruppierung *Palästina Spricht* einen Post des Netzwerks, in dem das Süßigkeiten-Verteilen gefeiert wurde, geteilt⁶⁸. Im Vergleich zu *Samidoun* hat *Palästina Spricht* eine deutlich größere Reichweite. Der deutschsprachige *Instagram*-Account hat fast 50.000 Follower. Hinzu kommen Accounts mehrerer Lokalgruppen in Hamburg, München und Stuttgart.

Laut Eigenaussage war die Gründung von *Palästina Spricht* eine Reaktion auf den Anti-BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages vom Juni 2019. Die BDS-Kampagne („Boycott, Divestment and Sanctions“) fordert offiziell, Israel zu boykottieren. Ihre Argumentationsmuster und Methoden werden vom Deutschen Bundestag sowie unzähligen jüdischen und antisemitismuskritischen Organisationen weltweit als antisemitisch eingestuft.

In den vergangenen Jahren spielte insbesondere die BDS-Kampagne eine zentrale Rolle. Mittlerweile lässt sich vielfach beobachten, dass die Argumente und Narrative von BDS weite Verbreitung finden, oft ohne, dass dieses Label offen benutzt wird. Nach dem

7. Oktober zeigte sich, wovon Expert*innen lange warnen: dass die BDS-Bewegung keineswegs ein harmloser Zusammenschluss ist, der gewaltfreien Protest organisiert, sondern dass sie Antisemitismus verbreitet und durchaus mit Terrororganisationen zusammenarbeitet⁶⁹. Etliche BDS-nahe Gruppierungen verkündeten oder verherrlichten die genozidale Gewalt der *Hamas* als Befreiungsschlag, die offizielle Webseite rief am 8. Oktober verstärkt dazu auf, die Kampagne zu unterstützen. Und die Terrorgruppen *Hamas*, *PFLP*, *Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP)* und *Islamischer Jihad in Palästina (PIJ)*, die Israel am 7. Oktober angriffen, sind durch die Koalition „Palästinensische nationale und islamische Kräfte“ bis heute Teil des sogenannten BDS-Nationalkomitees.

Palästina Spricht verfolgt das Ziel, die „illegale Besetzung Palästinas durch den Staat Israel sowie dessen Apartheid-System [zu] beenden“⁷⁰. Gemeint ist offenbar auch das Kernland Israel – und damit das Ende des jüdischen Staates. Und um dieses Ziel zu erreichen, sind offenbar alle Mittel recht. „Today is a revolutionary day to celebrate“, erklärte *Palästina Spricht* anlässlich des *Hamas*-Terrors vom 7. Oktober 2023: „Gaza just broke out of prison.“⁷¹ Was *Hamas* getan hat, sei „Widerstand“ und „kein Akt des Terrorismus“. Bei einem Mitglied von *Palästina Spricht* fand aufgrund des Verdachts, den Terror gebilligt zu haben, eine Hausdurchsuchung statt⁷².

Der Name *Palästina Spricht* wirkt harmlos. Er suggeriert, Palästinenser*innen hätten eine Stimme – und die werde von dieser Gruppe gesprochen. Fakt ist: Nicht alle Palästinenser*innen heißen den Terror gut. Mit dem Gruppennamen werden die Palästinenser*innen vereinnahmt und mit Gewalt und Terror in Verbindung gebracht.

Dass antiimperialistische Gruppierungen mit radikalen Islamist*innen immer wieder liebäugeln, ist nichts Neues. Nach dem Rückzug der USA aus Afghanistan sang das trotzkistische Portal *Marx21* – organisiert in der *Linkspartei* – ein Loblied auf das „faire“ Justizsystem der *Taliban*⁷³.

Eine mögliche strategische Zusammenarbeit zwischen Linken und Islamist*innen war auch Thema eines Vortrags des ägyptischen Aktivisten Hossam el-Hamalawy mit dem Titel „Leftists and Islamists working together?!“. Die Veranstaltung, organisiert von der *Marx21*-Splittergruppe *Revolutionäre Linke*, sollte zunächst im Berlin-Kreuzberger Mehringhof stattfinden, bevor sie nach Kritik wieder ausgeladen wurde. Beim zweiten Versuch sollte die Veranstaltung im Projektraum H48 in Neukölln stattfinden, doch auch dieser Veranstaltungsort platzte. Schließlich fand die *Revolutionäre Linke* einen Raum im Stadtteilladen Zielfona Gora in Friedrichshain.



Quelle: Screenshot/Instagram @palestinespeaks

„Palästina Spricht“ feiert den Angriff der Hamas vom 7. Oktober als „Lektion“ für den Widerstand.

Der Vortrag, den es auf *Spotify* nachzuhören gibt, beschäftigt sich überwiegend mit dem Verhältnis zwischen der *Muslimbruderschaft* und linken Studierendengruppen in Ägypten. Das Setting suggeriert, die Zusammenarbeit könne auch eine Lehre für Deutschland sein. Islamismus habe seine Wurzeln in antikolonialen Kämpfen, das Ziel sei nicht die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, sagt el-Hamalawy fast als Entwarnung für sein linkes Publikum. Die Position der ägyptischen Linken in den 1990ern hieß: „Wir sind manchmal mit den Islamisten, aber niemals mit dem Staat.“ Durch Solidaritätsveranstaltungen für die Palästinenser*innen und den Irak oder Parolen gegen die USA gab es durchaus ideologische Anknüpfungspunkte, auch wenn Linke eine andere, eine marxistische Analyse mitbrachten.

Die Idee ist nicht neu. Bereits 1994 schrieb Chris Harman, der Aktivist der *Marx21*-Schwesterorganisation *Socialist Workers Party* in Großbritannien war, in der Broschüre „The Prophet and the Proletariat“ (auf Deutsch unter dem Titel „Politischer Islam – eine marxistische Analyse“ erschienen): „In manchen Fragen werden wir uns auf der gleichen Seite wie die Islamisten gegen den Imperialismus und den Staat wiederfinden. Das war beispielsweise der Fall in vielen Ländern während des ersten Golfkriegs. Das gilt auch für Länder wie Großbritannien oder Frankreich im Kampf gegen Rassismus. Da, wo sich die Islamisten in der Opposition befinden, sollte unsere Leitlinie sein: ‚Mit den Islamisten manchmal, mit dem Staat niemals.‘“⁷⁴

Ramsis Kilani, ein Sprecher der Gruppe *Palästina Spricht* und Anhänger von *Marx21*, zitierte diese Passage im August 2022 in einer Story auf *Instagram*. Seit dem 7. Oktober nahm diese Idee an Fahrt auf, weil immer mehr Antiimperialist*innen den ideologischen und aktivistischen Schulterschluss mit Islamist*innen suchen. In einem anderen Text forderte Harman, dass man den „Befreiungskampf bedingungslos unterstützen“ müsse. Erst dann sei man „berechtigt, seine Führung zu kritisieren“. Während im Text selbst kein Bezug zu Israel oder islamistischen Gruppierungen besteht, bezog Kilani diese Aussage in einem Post vom April 2024 auf den „militärischen Widerstand“ gegen Israel. Und damit auf *Hamas & Co.*



Fallbeispiel #2

Linker Kongress der Terrorverherrlichung

Am Ende geht alles ganz schnell: Nach weniger als einer Stunde, nachdem der umstrittene „Palästina-Kongress“ mit rund 250 Besucher*innen im Bürohaus „Germaniabogen“ in Berlin-Tempelhof begonnen hat, löst die Polizei die Veranstaltung auf. Die anderen 550 Ticketbesitzer*innen durften nicht mehr rein, teilweise demonstrieren sie dann stattdessen vor dem Gebäude.

Der Kongress, der vom 12. bis 14. April 2024 stattfinden sollte, wird von vielen jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen sowie Vertreter*innen aller demokratischen Parteien kritisiert. Die *Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union* in *ver.di* moniert in einer Pressemitteilung: Der Kongress zeige „eine beunruhigende Missachtung des grundlegenden demokratischen Prinzips der Pressefreiheit“⁷⁵.

Eingeladen hat eine Vielzahl antiimperialistischer linker Gruppierungen, wie *Palästina Spricht*, *Revolutionäre Linke* oder *Arbeiterinnenmacht*. Auch *BDS Berlin*, die mit dem Boykott Israels ein Ende des jüdischen Staates anstrebt, unterstützt die Veranstaltung. Im Impressum der Website wird die *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost*⁷⁶, ebenfalls eine BDS-nahe Gruppe, genannt.

In der Ankündigung werfen die Veranstalter*innen dem Staat Israel vor, er verübe einen Genozid: Und die Bundesregierung helfe dabei. Daher soll der Kongress auch ein Tribunal sein. Das Motto: „Wir klagen an!“

Doch während Salman Abu Sitta, ein Historiker und palästinensischer Aktivist, seine Ansprache via *Zoom* beginnt, stellt die Polizei den Strom ab. Der Grund: Abu Sitta hat, neben einem Einreiseverbot, ein politisches Betätigungsverbot in Deutschland. Jenes Betätigungsverbot greift im Falle eines Livestreams. Die Polizei erklärt in den sozialen Netzwerken: „Es besteht die Gefahr, dass wiederholt ein Redner zugeschaltet wird, der sich schon in der Vergangenheit antisemitisch bzw. gewaltverherrlichend öffentlich geäußert hat. Daher wurde die Versammlung beendet und auch für Samstag sowie Sonntag ein Verbot ausgesprochen.“⁷⁷

Dass Salman Abu Sitta ein politisches Betätigungsverbot in Deutschland hat, lässt sich mit seiner Nähe zum islamistischen Terrorismus erklären. Nach Recherchen der *Welt* soll er bereits mit einem der ranghöchsten *Hamas*-Führer auf einer Konferenz der islamistischen Terrororganisation in Gaza aufgetreten sein⁷⁸. Der *Tagesspiegel* berichtete, Abu Sitta habe geäußert, er bewundere die „Courage“ der *Hamas*-Terroristen.

„Heldenhaft“ würden sie ihr Land verteidigen. Weiter schrieb die Zeitung: „Wäre er jünger, sagt Salman Abu Sitta, hätte er am 7. Oktober vielleicht selbst an den Attacken auf Israel teilgenommen.“⁷⁹

In Politik und Medien wurden Redner*innen wie Salman Abu Sitta, die im Rahmen des Events auftreten sollten, bereits Wochen vor dem Kongress kontrovers diskutiert. Auch der Arzt Ghassan Abu Sitta, der reden sollte: Er lobte den verstorbenen Mitgründer der palästinensischen Terrororganisation PFLP und nahm an dessen Trauerfeier teil⁸⁰.

Francesca Albanese, Juristin und *UN-Sonderbericht-erstatteerin zur Menschenrechtssituation in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten*, sollte eine Headlinerin sein. Doch sie stellt gegenüber dem *Tagesspiegel* klar: Ihr Name sei ohne ihr Wissen auf der Rednerliste gelandet⁸¹. Trotz einer Bitte an die Veranstaltenden, den Fehler zu korrigieren, wirbt der Kongress wochenlang weiter mit dem Namen des vermeintlichen Stargasts.

Yanis Varoufakis hingegen, der ehemalige Finanzminister Griechenlands und heutige Chef der Partei DiEM25, kontert auf kritischer Nachfrage zu seiner Teilnahme: Das sei eine „großartige“ Veranstaltung, die er verteidigen werde.⁸² Auch er wurde unter noch ungeklärten Umständen mit einem temporären Einreiseverbot verhängt, nach eigenen Angaben soll er auch mit einem Betätigungsverbot verhängt worden sein.⁸³ Zu den anderen eingeladenen Redner*innen gehören weniger bekannte Aktivist*innen, die in den sozialen Medien mit beleidigenden, aggressiven und antisemitischen Beiträgen auffallen. Bei weiteren Teilnehmer*innen und Mitplaner*innen kommt es im Vorfeld zu Hausdurchsuchungen, unter anderem offenbar wegen Nötigung.⁸⁴

Die Kontroverse um das geplante Programm des Kongresses dürfte vermutlich zur Entscheidung der *Sparkasse* beigetragen haben, das Konto der *Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost* einzufrieren. Der Berliner Verein hat sein Konto mutmaßlich genutzt, um Spenden für die Durchführung der Veranstaltung zu sammeln. Bis zum Einfrieren des Kontos sammelt der Verein rund 15.000 Euro auf der Crowdfunding-Plattform *GoFundMe*. Er beklagt, „im Jahr 2024 wird jüdisches Geld erneut von einer deutschen Bank beschlagnahmt“⁸⁵. Eine Anspielung auf die „Arisierung“ im Nationalsozialismus.

diaspora.rising und palaestinakongress ...








Gefällt 884 Mal

diaspora.rising Repression gegen den [@palaestinakongress](#) geht weiter.

2500 cops werden zur Repression der Palästina Bewegung dieses Wochenende auf dem Palästina Kongress eingesetzt. Deutschland macht klar, wie groß der Wille ist, Mittäter im Völkermord zu sein und alle Stimmen, die sich gegen diesen erheben, zu unterdrücken.

Die Polizei nimmt Aktivist*innen fest, die gegen den G3noz1d protestieren. Vor Ort ist auch "die deutsche Presse", die die Gesichter der Aktivist*innen und Teilnehmenden draußen filmen.

Aber wir lassen uns nicht unter kriegen, wir sind viele, bleiben standhaft, laut und kämpfen weiter, bis Palästina frei ist! Die Veranstaltung findet trotzdem statt - WIR KLAGEN AN! Viva Palästina!

Alle 6 Kommentare ansehen
12. April

Quelle: Screenshot/Instagram @palaestinakongress

Vor dem „Palästina-Kongress“ verhindern antiisraelische Aktivist*innen die Arbeit der Presse.

Eine Pressekonferenz der Veranstalter*innen, die kurz vor Beginn des Kongresses stattfindet, macht nochmal deutlicher, wohin die Reise geht: Auf die Frage, ob man die *Hamas* und deren islamistischen Terror verurteile, weicht der Vorsitzende der *Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost* aus. „Es geht hier weder um Verurteilung noch um Rechtfertigung“⁸⁶, erklärt er. Nach der Auflösung des Kongresses veröffentlicht Varoufakis die Rede, die er gehalten hätte. Darin heißt es, er verurteile zwar Gewalt gegen Zivilist*innen. Aber: „Was ich nicht verurteile, ist bewaffneter Widerstand gegen ein Apartheidsystem.“⁸⁷

Für die Veranstalter*innen war der Kongress offenbar dennoch ein Erfolg. Ein angekündigter Redner schreibt in den sozialen Netzwerken: „Heute war ein Riesenerfolg. Die Bilder und Berichte werden auf der ganzen Welt gesehen und Deutschland blamieren und weiter isolieren.“⁸⁸ Die *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost* stimmt ein: „Super, Deutschland hat sich vor der ganzen Welt blamiert. Mehr Aufmerksamkeit hätte man nicht bekommen können.“⁸⁹

Das ist eine altbekannte Taktik: Verbot als Erfolg. Die Veranstalter*innen nutzen die Auflösung zur Opferinszenierung. Das hat zur Folge, dass der Fokus von den kritischen Positionen zum Islamismus und zur *Hamas* auf das Verbot gelenkt wird. Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Vorgehens rückt die Verhältnismäßigkeit antisemitischer Positionen in den Hintergrund. Der Kongress hätte zur Normalisierung antisemitischer und terrorverherrlichender Positionen beigetragen, während eine Auflösung die Täter/Opfer-Rollen bestätigt. Ein Dilemma, worunter am Ende vor allem Betroffene leiden.

Der Unterstützung islamistischen Terrors konnte Raum gegeben werden, tausende Interessierte trugen zur Normalisierung bei. Trotz Verbot hat die Allianzbildung linker und islamistischer Kräfte, deren Emanzipation sich einzig in der Befreiung von Israel erschöpft, ihre nächste Stufe erreicht.

Parallelgesellschaften, der „Problembezirk“ und der politische Islam: Interview mit Güner Balci

Geführt am 8. April 2023

Güner Balci wurde 1975 in Berlin-Neukölln geboren. Ihre Eltern waren aus der Türkei zugewandert. Nach dem Studium arbeitete sie in einem Projekt zur Gewaltprävention, später als Journalistin für ARD und ZDF über die Lage von Migrant*innen. Bekannt wurde sie mit den Romanen „ArabBoy“ und „ArabQueen“. Seit 2020 ist sie die Integrationsbeauftragte von Berlin-Neukölln.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus: Sie sind in Neukölln geboren und aufgewachsen. Seit 2020 sind Sie Integrationsbeauftragte des Bezirks. Was bedeutet Neukölln für Sie?

Güner Balci: Neukölln ist mein Heimatdorf. Und wenn ich hier nicht aufgewachsen wäre, wäre ich nie so ein politischer Mensch geworden. Ich habe deshalb auch eine sehr enge berufliche und emotionale Verbundenheit zu Neukölln. Es ist sehr reich an allem. Neukölln ist aber auch ein Ort, an dem sich viele weltpolitische Konflikte widerspiegeln. Für mich ist zurzeit das Allerschlimmste, dass sich jüdische Menschen hier auf der Straße nicht sicher fühlen können. Ich empfehle derzeit Menschen, die aus Israel kommen, nicht Hebräisch zu sprechen, wenn sie in Neukölln unterwegs sind. Und das will ich nicht akzeptieren.

Warum nicht?

Meine Eltern sind in den Sechzigerjahren aus der Türkei hierhergekommen, weil Deutschland ein freies Land ist, weil es hier Demokratie gibt. Diese Freiheit muss für alle, also natürlich auch für Jüdinnen und Juden gelten. Ich will, dass sich etwas hier in Neukölln ändert – auch wenn das zwanzig Jahre dauert.



Güner Balci

Integrationsbeauftragte
Berlin-Neukölln

Wird es wirklich so lange dauern, Antisemitismus in Neukölln erfolgreich zu bekämpfen?

Jahrzehntlang wurde das Problem nicht nur verschlafen, sondern ignoriert. Es gab eine Gleichgültigkeit gegenüber diesem Erstarren von Antisemitismus im Alltag. Aber wer in Neukölln zur Schule gegangen ist, wusste schon relativ früh, was Phase ist. Das gilt übrigens auch für Islamismus. Seit 20 Jahren mache ich auf beide Themen aufmerksam – und muss mich ständig wiederholen. Bis heute ist das scheinbar nicht angekommen.

Nach dem 7. Oktober vermeldete RIAS einen Höchststand antisemitischer Vorfälle in Berlin. Auf Platz zwei hinter Mitte: Neukölln mit 58 Vorfällen alleine in den fünf Wochen nach dem Anschlag der Hamas. Warum gibt es dort so viele antisemitische Vorfälle?

Wir haben hier eine sehr große Gruppe von Menschen, die aus Palästina kommen oder sich sehr stark mit Palästina identifizieren. Dass die Gruppe um *Samidoun* vor fünf Jahren Neukölln als ihr Revier auserkoren hat, weil sie hier auf eine große Anzahl von gleichgesinnten Menschen stoßen können, hat auch dazu beigetragen. Die arabischsprachige Community in Neukölln ist vielfältig und vielschichtig. Es gibt große Unterschiede zwischen denen, die seit drei Generationen hier leben, und denen, die gerade erst ankommen. Aber oft haben wir es mit Strukturen zu tun, in denen die Familie die oberste Priorität hat und über dem Individuum steht. Und in denen ein Bekenntnis für Palästina zur muslimischen Identität gehört. Hinzu kommen islamistische Moscheevereine, die den politischen Islam leben und verbreiten. Und damit hat man eigentlich die beste Basis, um antisemitische Propaganda zu verbreiten.

Wie würden Sie das antisemitische Weltbild dahinter beschreiben?

Israel ist für zu viele dieser Menschen ganz klar der Teufel, das Land wird als übelster Aggressor schlechthin dargestellt. Und sie sehen sich als die großen Befreier. Sie denken: Wenn „der Jude“ weg ist, wird die Welt wieder in Ordnung sein. Und das ist brutal gefährlich.

In der Boulevardpresse wird Neukölln auch deshalb als Problembezirk schlechthin gebrandmarkt. Zu Unrecht?

Es ist falsch, wenn wir das Problem nur auf Neukölln verkürzen. Aber Neukölln macht es seinen Kritikern auch leicht. Zumindest die Bezirkspolitik ist in den letzten Jahrzehnten sehr offen mit dem Problem umgegangen. Und ich glaube, das zeichnet Neukölln besonders aus. Das heißt konkret: Hier wird nicht versucht, irgendwas zu vertuschen oder schönzureden. Hier stellt sich der Bürgermeister hin und sagt: Wir haben ein massives Problem, und wenn *Samidoun* auf der Straße rumrennt und Terror legitimiert, dann muss *Samidoun* verboten werden. Ich finde, die Politik in Neukölln hat auch dazu beigetragen, dass inzwischen auf Bundesebene erkannt wird: Das Problem sind nicht nur weiße deutsche Neonazis. Und nur um das nochmal zu betonen: Ja, weiße deutsche Rechtsradikale sind auch ein massives Problem.

Die Debatte wird dennoch bewusst instrumentalisiert und rassistisch aufgeladen. Wie gehen Sie damit um?

Zum Populismus gehört auch rechte Hetze gegen Menschen, die zugewandert sind. Das gab es schon immer und wird es leider immer geben. Das darf aber niemals der Maßstab sein: Wir dürfen nicht deswegen vor einer Debatte zurückschrecken. Ganz im Gegenteil. Für mich als Gastarbeiterkind ist eigentlich immer diese mangelnde Bereitschaft der Gleichbehandlung eine extreme Diskriminierung gewesen. Mein Vater kam hier als Gastarbeiter mit wenig Schulbildung an, aber er hat sich nie als Opfer gefühlt. Er wollte nicht, dass Leute ihn als den armen, unterdrückten „kleinen“ Mann aus der Türkei sehen. Leute, die wie ich eine Zuwanderungsgeschichte haben, sind sehr wohl in der Lage, kritisch zu reflektieren und Ideologien zu hinterfragen. Es ist ein Problem, wenn wir Menschen mit Migrationsgeschichte von dieser Kritik herausnehmen. Und es ist kein Widerspruch, bestimmte Einstellungen von Menschen zu kritisieren, reaktionäre Ideologien zu hinterfragen und gleichzeitig immer und überall gegen gruppenbezogenen Hass und Hetze einzustehen.

Der Begriff Integration wirft Fragen auf: Wer integriert sich worin und was hat das mit einer pluralen, multikulturellen Gesellschaft zu tun?

Die Basis meiner Arbeit sind die Regeln und Gesetze dieses Landes. Das war auch so, als ich Journalistin war. Ich bin der Demokratie verpflichtet. Wir leben in keiner Diktatur, sondern in einem Land mit freiheitlichen Grundrechten. Das ist der Maßstab der Integration. Leute können so leben wie sie wollen, aber das müssen sie im Rahmen der demokratischen Regeln tun.

Welche Erklärungen haben Sie für den Erfolg islamistischer Verbände in Neukölln? Liegt das daran, dass viele Jugendliche in Armut aufwachsen und Diskriminierung erfahren?

Es gibt genug Beispiele dafür, dass Armut und Diskriminierung nicht automatisch dazu führen, dass Menschen extremistische Ideen entwickeln. Es wird nicht reichen, nur Diskriminierung zu bekämpfen und Geld zu investieren. So funktioniert Integration nicht. Identität und Sozialisation spielen dabei eine viel größere Rolle, daraus ergibt sich für viele Jugendliche der moralische Kompass. Anerkennung von Menschen, die einem nahestehen, ist wirkmächtig. Die nächste politische Moscheegemeinde, der angesagte islamistische TikTok-Prediger bieten Jugendlichen das.

Welche Rolle spielen islamistische Verbände und Moscheen beim Thema Antisemitismus genau?

Die allermeisten stehen der Ideologie der *Muslimbruderschaft* nahe. Das heißt: Sie sind für die Auslöschung Israels. Und auch wenn sie teilweise interreligiösen Dialog mit Jüdinnen und Juden fördern, stehen viele ihrer Moscheen immer wieder islamistischen Predigern nahe, die Hass gegen Juden verbreiten. Die muslimischen Verbände sind keine rein spirituellen Institutionen, sie sind politische. Und sie werden finanziert aus verschiedenen Ländern, ob aus der Türkei, Qatar, Saudi-Arabien oder dem Iran.

Geld fließt in beide Richtungen: In Neukölln wird auch für Hamas, Hisbollah und andere Terrororganisationen gesammelt.

Viele Läden im Bezirk haben sogar eine Spendenbox, mit arabischen Aufklebern darauf, die erklären, wofür genau gesammelt wird. Auch die organisierte Kriminalität hat Verbindungen zum Beispiel zur *Hisbollah*. Manche Jugendliche von hier machen Urlaub im Libanon, wo sie sich Militäruniformen der *Hisbollah* anziehen und ein Maschinengewehr in der Hand halten dürfen. Sie machen Fotos davon und zeigen sie dann stolz auf ihren Handys hier in Neukölln. Ich frage mich: Wie kann es sein, dass ein Jugendlicher, der hier aufgewachsen ist, sich eher mit der *Hisbollah* identifiziert?

Auch Samidoun sammelt Geld, das an palästinensische Terroristen fließt. Neukölln war eine Hochburg des Netzwerkes in Deutschland. Ist es auch nach dem Verbot durch das Innenministerium im November 2023 dort aktiv?

Ja, *Samidoun* ist hier weiterhin aktiv. Sie fühlen sich hier so sicher. Sie versuchen, unterschiedliche Locations und Vereine zu unterwandern. Unmittelbar nach dem Verbot haben sie vor Schulen mit Flyern geworben. 2020 wurde der Gründer Khaled Barakat, der auch Mitglied der Terrorgruppe PFLP ist, vom Berliner Landesamt für Einwanderung mit einem vierjährigen Einreiseverbot verhängt. Das dürfte jetzt bald vorbei sein und ich frage mich, ob er weiter in Neukölln agitieren wird, wenn es nicht verlängert wird.

Wenn wir von Antisemitismus in Neukölln sprechen, müssen wir auch über eine weitere Gruppe reden: Expats. Auch manche von ihnen skandieren antisemitische Parolen auf Demonstrationen, suchen den Schulterchluss mit Islamisten. Was tun?

Da mache ich mir keine besonders großen Sorgen, ich schätze ihren Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen in Neukölln als gering ein: Diese Leute sind nach wie vor auf der Durchreise, auch wenn sie einige Jahre hier verbringen. Für sie ist Berlin nur eine Spielwiese. Eine Handvoll von ihnen bleibt übrig und arbeitet überwiegend im Kultursektor. Ich kämpfe sehr dafür, dass solche sogenannte Expats in dem Fall dann nicht von öffentlichen Förderungen profitieren. Die „Queers for Palestine“ wissen ganz genau, dass sie in so einer Gesellschaft, für die sie sich einsetzen, nicht einen Tag Überlebenschance hätten. Und die Moscheeverbände in Neukölln sind da sehr konsequent: Sie werden Homosexuelle und Transmenschen nicht dulden. Ich kann mir also eine längerfristige Schnittmenge zwischen den beiden nicht vorstellen. Früher oder später werden sie mit Gruppen wie *Generation Islam* und *Muslim Interaktiv* physisch aneinandergeraten.

Antisemitismus unter Expats

„Expat“ bezeichnet in der Regel hochausgebildete Auswanderer*innen aus überwiegend westlichen Ländern. Menschen, deren Aufenthalt zeitlich begrenzt ist, die die Sprache ihres Gastlandes oft wenig beherrschen, die eine eigene Community bilden, statt sich in die hiesige Gesellschaft zu integrieren. Klassischerweise sind Expats Führungskräfte oder Fachpersonal. In Berlin aber auch: Kleinkünstler*innen, Techno-DJs, Barkellner*innen. Sie kommen aus New York, Melbourne oder London. Auch Expats aus nicht englischsprachigen Herkunftsländern, die Englisch als Lingua franca sprechen, lassen sich vor allem in der deutschen Hauptstadt nieder. Man könnte zugespitzt sagen: eine Parallelgesellschaft der Hipster.

In den vergangenen Jahren sind es auch oft die Berliner Expats, die lautstark Stimmung gegen Israel gemacht haben. Eine Stimmung, die immer wieder in Antisemitismus mündet. Ihr Aktivismus duldet immer wieder terrornahe oder islamistische Gruppen, die Werte vertreten, die ansonsten in starkem Widerspruch zu der liberalen, progressiven Community der Expats stehen.

Das wird am 11. Oktober 2023 deutlich, vier Tage nach dem Massaker der Hamas gegen Israel, auf dem Richardplatz in Berlin-Neukölln⁹⁰. Auf dem Platz sollte eine Demonstration stattfinden, die jedoch von den Behörden verboten wurde. Gekommen sind trotzdem ein paar Dutzend antiisraelische Demonstrant*innen. Eine junge Frau mit einem lilafarbenen, bauchfreien Top, einer bunten Mütze und Spitzenärmel gekleidet, spricht die Menge und die Fernsehkameras mit US-amerikanischem Akzent an.



Quelle: Katia Vásquez Pacheco

Die Deutschen seien die „Stiefellecker“ der Zionisten – eine verschwörungsideologische Parole auf einer israelfeindlichen Demonstration am 4. November 2023 am Berliner Alexanderplatz.

Die Palästinenser*innen seien immer wieder aus ihrem Land herausgeschmissen worden, heißt es in ihrer leidenschaftlichen Rede, ihr Land sei kleiner und kleiner geworden. Die jüdischen Israelis wiederum seien dort fremd, „kommen nicht aus der Region“, behauptet sie – obwohl Israel das historische Land der Jüdinnen*Juden ist, die von dort in die Welt vertrieben worden sind, und obwohl über die Hälfte der jüdischen Israelis heute Mizrahim sind und aus den Nachbarländern nach Israel geflohen sind.⁹¹ Die junge Frau im Raver-Look wird unterbrochen von einem bärtigen Mann im weißen Gewand (Thawb) und Turban, der schreit: „Wir werden übernehmen. Allahs Sieg wird kommen.“

Die verbotene Demonstration auf dem Richardplatz in Neukölln wurde unter anderem organisiert und beworben von Gruppierungen wie *Palästina Spricht* und *Samidoun*. Nichtsdestotrotz mobilisierte etwa *Room4Resistance*, eine queere feministische Partyreihe in Berlin, deren DJs zum Beispiel aus Spanien, Frankreich, den USA oder Tunesien kommen, ihre Fans zur Demonstration in einer *Instagram-Story*.

Palästina Spricht nennt den 7. Oktober – der Tag, an dem israelische Frauen systematisch vergewaltigt wurden und viele nach Gaza als Geisel verschleppt wurden – einen „revolutionären Tag“, auf den man „stolz“ sein müsse.⁹² *Samidoun* forderte bis zum Verbot auch in Deutschland die Freilassung inhaftierter palästinensischer Terrorist*innen, auch Kämpfer*innen der Hamas oder des *Islamischen Jihads*. Gruppierungen, mit denen eine internationale Partyreihe aus der queere feministischen Linken normalerweise wenig zu tun hätte.

In den Monaten seit dem 7. Oktober häufen sich die Beispiele aus der sogenannten Expat-Community in Deutschland: „Free Palestine from German Guilt“ wird zur geschichtsrevisionistischen Parole der Stunde auf vielen international geprägten Demonstrationen in Deutschland. Die antiisraelische Kampagne „Strike Germany“, die „internationale Kulturarbeiter*innen“ dazu aufruft, deutsche Kultureinrichtungen aufgrund von Deutschlands Position gegen Antisemitismus zu boykottieren, wird von vielen in der internationalen Kunst- und Kulturszene in Berlin unterstützt⁹³. Und internationale Techno-DJs, die Berlin ihr Zuhause nennen, relativieren immer wieder den Terror der Hamas⁹⁴.



Die *Queers for Palestine* treffen auf türkische Nationalist*innen auf einer israelfeindlichen Demonstration am Berliner Alexanderplatz am 4. November 2023.

Das zeigte sich exemplarisch Ende Februar 2024: New Yorker DJs starteten die antiisraelische Kampagne „DJs Against Apartheid“⁹⁵. In dem Aufruf heißt es: Der Angriff der *Hamas* vom 7. Oktober sei „bewaffneter Widerstand“ und eine „natürliche“ und „unausweichliche Reaktion“ auf die Besatzung. Die Kampagne wirbt mit einer Zitat-Kachel auf *Instagram*, auf der es von einem der DJs heißt: „Ruhm den Märtyrern, segne die Achse des Widerstands und befreie Palästina und sein Volk von der zionistischen Besatzung!“⁹⁶ Von den mehr als 2.000 DJs, die den Aufruf unterzeichnet haben, leben 137 in Berlin⁹⁷. Die große Mehrheit kommt nicht aus Deutschland, sondern aus Neuseeland, Großbritannien, Spanien, Irland, aus dem Libanon, Ägypten oder dem Iran.

Es war nicht der einzige Vorfall dieser Art in der international geprägten elektronischen Musikszene in Berlin, die viele Expats nach Deutschland zieht. Die antiisraelische *Instagram*-Seite „Ravers for Palestine“ startete im Oktober eine Boykottkampagne gegen einen Online-Sender, der von zwei Israelis betrieben wird⁹⁸. *Resident Advisor*, ein in Berlin ansässiges Online-Portal der elektronischen Musikszene, das auf Englisch veröffentlicht, teilte den Aufruf von *Palästina Spricht* zum „globalen Streik“ für Palästina am 20. Oktober und bewarb eine Benefizcompilation aus der Szene mit dem Titel „From the river to the sea“. Solidarität oder Empathie mit den Ermordeten, Entführten und schwer traumatisierten Überlebenden des elektronischen *Supernova*-Festivals, findet unter den feiernden Expats in Berlin kaum statt.

Die Expat-Szene in Berlin mag zwar eine politisch eher unbedeutende Gruppierung sein. Aber seit dem 7. Oktober wird sie zum Komplizen einer antisemitisch aufgeladenen Protestwelle, die online und offline Wirkung zeigt. Die Berührungsängste mit Terrorverstehern*innen werden offenbar immer weniger.

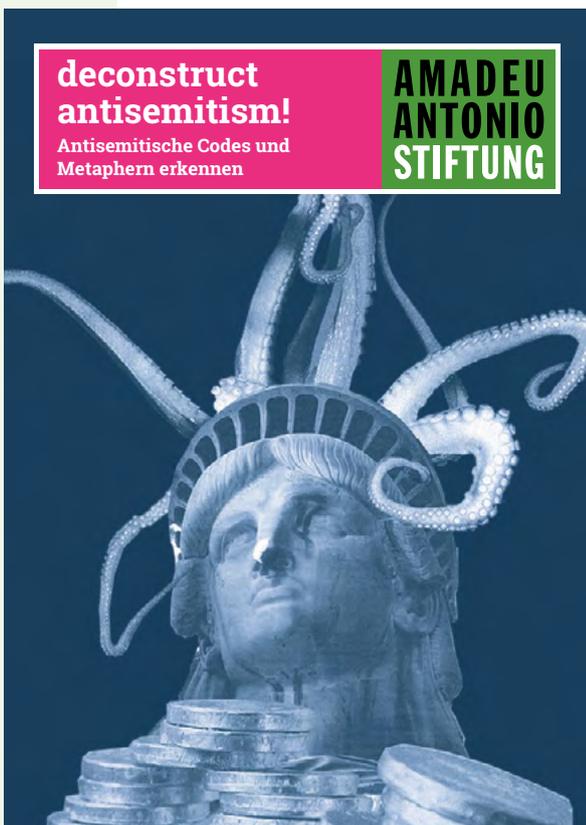
Wie gehe ich mit Antisemitismus um?

deconstruct antisemitism!

„Die Rothschilds...“
„...sitzen an der Ostküste...“
„...und wollen eine NWO errichten...“

Was bedeuten diese Codes? Warum sind sie antisemitisch? Und wo treten sie in Erscheinung? Die vorliegende Broschüre erklärt eine Reihe antisemitischer Codes und Metaphern anhand konkreter Beispiele. Sie hilft, Antisemitismus im Alltag zu dekonstruieren und zu verstehen.

Broschüre „deconstruct antisemitism!“

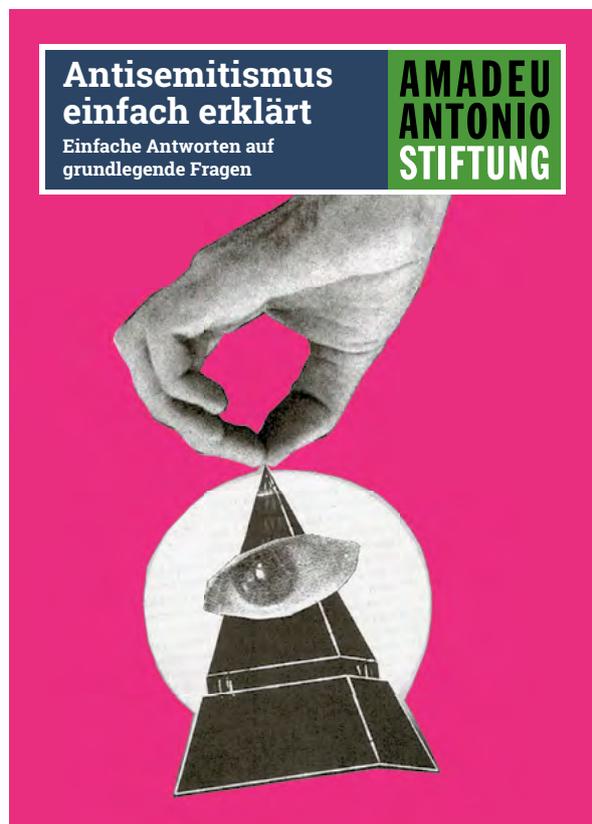


Antisemitismus einfach erklärt

Antisemitismus ist eine zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft und unserer Zeit. Daher beantwortet die Broschüre die grundlegenden Fragen zu diesem Phänomen: Was ist Antisemitismus? In welchen Formen tritt Antisemitismus in Erscheinung? In welchen Milieus und politischen Spektren unserer Gesellschaft ist Antisemitismus anzutreffen?

Was hat Antisemitismus mit dem Staat Israel und Verschwörungserzählungen zu tun? Die Broschüre gibt Auskunft, was „BDS“ bedeutet und warum „BDS“ ein Problem darstellt. Sie erläutert, wo legitime Kritik an der israelischen Regierungspolitik endet – und wo Antisemitismus beginnt.

Broschüre „Antisemitismus einfach erklärt“



Was ist Post-Shoah-Antisemitismus?

*Als Shoah wird die Ermordung von sechs Millionen europäischen Jüdinnen*Juden im Nationalsozialismus bezeichnet. Unmittelbar nach der Shoah, sprich: nach der NS-Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg, setzte die deutsche Schuldabwehr ein. Schuld wird relativiert oder gar geleugnet. Diese Form des Antisemitismus wird Post-Shoah-Antisemitismus genannt.*

Das Faltblatt „Was ist Post-Shoah-Antisemitismus?“ erklärt den Begriff und zeigt anhand konkreter Beispiele auf, wie der Post-Shoah-Antisemitismus in Erscheinung tritt. Die Beispiele verdeutlichen, wie Aussagen zur Shoah mit antisemitischen Bildern und Stereotypen verknüpft werden. Konkrete Handlungstipps zum Umgang mit dem Post-Shoah-Antisemitismus runden das Faltblatt ab.

Was ist israelbezogener Antisemitismus?

Allzu häufig wird der Staat Israel zur Projektionsfläche des Judenhasses. Längst ist der israelbezogene Antisemitismus eine akute Gefahr. Dennoch wird bis heute behauptet, diese Form des Antisemitismus sei eine Erfindung oder werde übertrieben dargestellt. Das Faltblatt „Was ist israelbezogener Antisemitismus?“ stellt Fragen – und gibt kurze, präzise Antworten.

Zunächst erklärt das Faltblatt, was der Staat Israel und der israelbezogene Antisemitismus ist, und erläutert, wie der „3-D-Test“ (Dämonisierung, Delegitimierung, Doppelte Standards) funktioniert. Es nennt gängige Parolen und Vorwürfe derjenigen, die Israel hassen und verachten, und widerlegt sie. Am Ende gibt das Faltblatt eine Reihe konkreter Handlungstipps im Umgang mit israelbezogenen Antisemitismus.



Endnoten

1 Vgl. Deutscher Bundestag (07.11.2023): Antisemitismus durch Zuwanderung klar benennen und effektiv bekämpfen – Unterstützer von antisemitischem Terrorismus ausweisen, Drucksache 20/9151 [↗dserver.bundestag.de/btd/20/091/2009151.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/091/2009151.pdf)

2 Vgl. Twitter/X *Beatrix_vStorch* vom 07.10.2023 [↗twitter.com/Beatrix_vStorch/status/1710646659732983988](https://twitter.com/Beatrix_vStorch/status/1710646659732983988)

3 Vgl. Herf, Jeffrey (2010): Hitlers Dschihad. Nationalsozialistische Rundfunkpropaganda für Nordafrika und den Nahen Osten, Institut für Zeitgeschichte, 58. Jahrgang, Nr. 2 [↗ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_2_5_herf.pdf](https://ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_2_5_herf.pdf)

4 Vgl. Tagesschau (23.11.2023): Durchsuchungen bei Hamas-Unterstützern [↗tagesschau.de/inland/gesellschaft/razzia-samidoun-hamas-100.html](https://tagesschau.de/inland/gesellschaft/razzia-samidoun-hamas-100.html)

5 Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat (02.11.2023): Vereinsverbote 'HAMAS' und 'Samidoun' [↗www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/11/vereinsverbot-hamas-samidoun.html](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/11/vereinsverbot-hamas-samidoun.html)

6 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2022; S. 187 [↗verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022-startseitenmodul.pdf?__blob=publicationFile&v=6](https://verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022-startseitenmodul.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

7 Vgl. rbb24 (15.12.2023): Mutmaßliche Hamas-Mitglieder in Berlin wegen Anschlagsplanung festgenommen [↗rbb24.de/panorama/beitrag/2023/12/hamas-festnahme-berlin-anschlag-vereitelt-generalbundesanwalt.html](https://rbb24.de/panorama/beitrag/2023/12/hamas-festnahme-berlin-anschlag-vereitelt-generalbundesanwalt.html)

8 Vgl. Stiftung Wissenschaft und Politik (18.12.2023): Die Muslimbruderschaft und die Hamas. Zu den ideologischen Wurzeln von islamistischem Judenhass und Antisemitismus [↗swp-berlin.org/publikation/die-muslimbruderschaft-und-die-hamas](https://swp-berlin.org/publikation/die-muslimbruderschaft-und-die-hamas)

9 Vgl. bpb 28.03.2008: Die Erste Intifada und das Friedensabkommen von Oslo [↗bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/israel/45071/die-erste-intifada-und-das-friedensabkommen-von-oslo](https://bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/israel/45071/die-erste-intifada-und-das-friedensabkommen-von-oslo)

10 Vgl. Audiatur Online (22.06.2011). Die Charta der Hamas [↗audiatur-online.ch/2011/06/22/die-charta-der-hamas](https://audiatur-online.ch/2011/06/22/die-charta-der-hamas)

11 Spoerl, Joseph S. (2015): Palestinians, Arabs and the Holocaust, *Jewish Political Studies Review*, Vol. 26, Nr. 1–2, S. 17–18 [↗jcpa.org/article/palestinians-arabs-and-the-holocaust](https://jcpa.org/article/palestinians-arabs-and-the-holocaust)

12 Herf, Jeffrey (2010): Hitlers Dschihad. Nationalsozialistische Rundfunkpropaganda für Nordafrika und den Nahen Osten, Institut für Zeitgeschichte, 58. Jahrgang, Nr. 2 [↗ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_2_5_herf.pdf](https://ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_2_5_herf.pdf)

13 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2024): Islamismus und islamistischer Terrorismus [↗verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus_node.html](https://verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/vsb-islamismus-und-islamistischer-terrorismus_node.html) und Global Influence Operations Report (2024): Council of European Muslims [↗global-influence-ops.com/wiki/1394](https://global-influence-ops.com/wiki/1394)

14 Vgl. Deutscher Bundestag (25.03.2019): Kurzinformation: Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. [↗bundestag.de/resource/blob/644714/d3d63b246b0c6f1f1525c155ac324b4f/WD-1-005-19-pdf-data.pdf](https://bundestag.de/resource/blob/644714/d3d63b246b0c6f1f1525c155ac324b4f/WD-1-005-19-pdf-data.pdf) und Zentralrat der Muslime in Deutschland (2022): Mitglieder, Assoziierte Mitglieder, Gründungsmitglieder [↗web.archive.org/web/20130116133023/http://zentralrat.de/16660.php](https://web.archive.org/web/20130116133023/http://zentralrat.de/16660.php)

15 Vgl. Humanistischer Pressedienst (11.02.2022): Zentralrat der Muslime schließt Deutsche Muslimische Gemeinschaft aus [↗hpd.de/artikel/zentralrat-muslime-schliesst-deutsche-muslimische-gemeinschaft-20116](https://hpd.de/artikel/zentralrat-muslime-schliesst-deutsche-muslimische-gemeinschaft-20116)

16 Instagram *dmgonlinede* vom 29.10.2023 [↗instagram.com/p/Cy-5f-BtLHa](https://instagram.com/p/Cy-5f-BtLHa)

17 Vgl. Instagram *dmgonlinede* vom 12.11.2023 [↗instagram.com/p/CzjQfmXNrJB](https://instagram.com/p/CzjQfmXNrJB)

18 Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2024): Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungsfront - HuT) [↗www.im.nrw/hizb-ut-tahrir-islamische-befreiungsfront-hut](https://www.im.nrw/hizb-ut-tahrir-islamische-befreiungsfront-hut)

19 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2022; S. 187 [↗verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022-startseitenmodul.pdf?__blob=publicationFile&v=6](https://verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022-startseitenmodul.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

20 Instagram *realitaetislam*, aufgerufen am 18.04.2024 [↗instagram.com/realitaetislam](https://instagram.com/realitaetislam)

21 Instagram *realitaetislam* vom 16.10.2023 [↗instagram.com/p/CydfYCLNIJR](https://instagram.com/p/CydfYCLNIJR)

22 Ebd.

23 Vgl. Instagram *realitaetislam* vom 23.11.2023 [↗instagram.com/p/Cz_OnuSNVBQ](https://instagram.com/p/Cz_OnuSNVBQ)

24 Instagram *realitaetislam* vom 07.10.2023 [↗instagram.com/p/CyGfxizNurF](https://instagram.com/p/CyGfxizNurF)

25 Vgl. Instagram *realitaetislam* vom 09.10.2023 [↗instagram.com/p/CyMSiu1Nyzu](https://instagram.com/p/CyMSiu1Nyzu)

26 Instagram *generation_islam* [↗instagram.com/generation_islam](https://instagram.com/generation_islam) und Facebook *Generation Islam* [↗facebook.com/genislam1](https://facebook.com/genislam1)

- 27 Vgl. Instagram *generation_islam* vom 27.02.2024
 ↗ [instagram.com/p/C323AUl50ky](https://www.instagram.com/p/C323AUl50ky)
- 28 Instagram *generation_islam* vom 03.11.2023
 ↗ [instagram.com/p/CzMwdfjr83N](https://www.instagram.com/p/CzMwdfjr83N)
- 29 Vgl. WDR (04.11.2024): Islamistische Banner bei pro-palästinensischer Demo in Essen ↗ www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/pro-palaestina-demo-essen-100.html
- 30 Vgl. Instagram *minteraktiv* vom 04.12.2023
 ↗ [instagram.com/p/C0b9bDfs5Pu](https://www.instagram.com/p/C0b9bDfs5Pu)
- 31 Vgl. Belltower.News (08.06.2021): Mit antisemitischen Viralvideos für das Kalifat ↗ belltower.news/muslim-interaktiv-mit-antisemitischen-viralvideos-fuer-das-kalifat-116977
- 32 Vgl. ebd.
- 33 Vgl. Deutschlandfunk (29.04.2024): Polizei kündigt nach Islamisten-Demonstration in Hamburg Prüfung der Parolen an – Politiker fordern Konsequenzen ↗ deutschlandfunk.de/polizei-kuendigt-nach-islamisten-demonstration-in-hamburg-pruefung-der-parolen-an-politiker-fordern-100.html
- 34 Vgl. Generation Islam (2023): Wärs Du bereit, für 'Israel' zu sterben? ↗ tinyurl.com/yv4sty5x
- 35 Hier und im Folgenden: Democ (15.10.2023): Hamas-Parolen und Ausschreitungen bei antiisraelischen Protesten in Berlin ↗ democ.de/artikel/hamas-parolen-und-ausschreitungen-bei-antiisraelischen-protesten-in-berlin
- 36 Der Begriff wird oft für zugezogene Fachkräfte aus dem Ausland verwendet, die sich vorübergehend in Deutschland aufhalten. In Berlin arbeiten viele von ihnen in der Kunst- und Kulturbranche und sprechen Englisch als Lingua franca. Siehe Beitrag in diesem Lagebild zu „Expats“.
- 37 Kontraste (19.10.2023): Israelhass auf deutschen Straßen ↗ rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-19-10-2023/nahostpolitik-israel-hass-auf-deutschen-strassen.html
- 38 Vgl. Times of Israel (13.10.2023): Israelis abroad urged to take extra care on Friday as Hamas calls for 'day of rage' ↗ timesofisrael.com/israelis-abroad-urged-to-take-extra-care-on-friday-as-hamas-calls-for-day-of-rage
- 39 Vgl. Polizei Berlin (12.10.2023): Durchführung einer Versammlung untersagt ↗ berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2023/pressemitteilung.1374656.php
- 40 Vgl. Tagesspiegel (15.10.2023): Missbrauch des Versammlungsrechts bei Palästina-Demo?: Berliner Polizei sieht sich nach Eskalation auf Potsdamer Platz überrumpelt ↗ archive.is/SIaIY
- 41 Vgl. Polizei Berlin (16.10.2023): Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt ↗ berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2023/pressemitteilung.1375718.php
- 42 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (09.10.2023): Angriff auf zwei Frauen nach israelsolidarischer Kundgebung ↗ www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/angriff-auf-zwei-frauen-nach-israelsolidarischer-kundgebung
- 43 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (16.10.2023): Paar wird mit Feuerwerkskörper angegriffen ↗ www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/paar-wird-mit-feuerwerkskoerper-angegriffen
- 44 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (18.10.2023): Brandanschlag auf jüdisches Gemeindezentrum ↗ www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/brandanschlag-auf-juedisches-gemeindezentrum
- 45 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (31.10.2023): Antisemitische Graffiti am Gedenkort der ehemaligen Synagoge ↗ www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/antisemitische-graffiti-am-gedenkort-der-ehemaligen-synagoge
- 46 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (31.12.2023): Mahnmal zur Rettung jüdischer Kinder beschmiert ↗ www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/mahnmal-zur-rettung-juedischer-kinder-beschmiert
- 47 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (06.01.2024): Angriff auf zwei Personen ↗ www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/angriff-auf-zwei-personen
- 48 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (02.02.2024): Angriff auf jüdischen Studierenden ↗ www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/angriff-auf-juedischen-studierenden
- 49 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (18.02.2024): Holocaust-Mahnmal mit roter Farbe beschmiert ↗ www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/holocaust-mahnmal-mit-roter-farbe-beschmiert
- 50 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (08.03.2024): Verbotener antisemitischer Slogan auf Bungalow nahe Olympiastadion München ↗ www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/verbotener-antisemitischer-slogan-auf-bungalow-nahe-olympiastadion-muenchen
- 51 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (23.03.2024): Syrisches Restaurant bietet israelisches Gericht an und wird daraufhin bedroht ↗ www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/syrisches-restaurant-bietet-israelisches-gericht-an-und-wird-daraufhin-bedroht
- 52 ZDF (07.10.2023): Palästinenser-Netzwerk feiert Hamas-Angriff ↗ zdf.de/nachrichten/politik/hamas-angriff-israel-samidoun-berlin-sonnenallee-100.html
- 53 Vgl. Belltower.News (12.10.2023): Tarnung für Terror ↗ belltower.news/samidoun-tarnung-fuer-terror-153123

54 Vgl. Workers World (07.10.2023): PFLP statement on Al Aqsa Flood battle workers.org/2023/10/73785

55 Samidoun (12.10.2023): Stellungnahme: der deutsche Staat kündigt ein Betätigungsverbot gegen Samidoun Netzwerk – wir bleiben standhaft samidoun.net/de/2023/10/deutschland-kuendigt-verbot-von-samidoun-netzwerk-an

56 Ebd.

57 Haury, Thomas/Holz, Klaus (2021): Antisemitismus gegen Israel. Hamburg: Hamburger Edition, S. 130.

58 Das *Kommunistische Informationsbüro*, kurz: *Kominform*, war von 1947 bis 1956 ein Bündnis kommunistischer Parteien. Es wurde von der KPdSU unter Josef Stalin dominiert.

59 Haury, Thomas/Holz, Klaus (2021): Antisemitismus gegen Israel. Hamburg: Hamburger Edition, S. 118.

60 Ebd., S. 129.

61 Ebd., S. 129.

62 Vgl. Agit 883, Nr. 40 vom 13.11.1969, S. 9
plakat.nadir.org/883/ausgaben/agit883_40_13_11_1969.pdf

63 Vgl. Belltower.News (12.10.2023): Tarnung für Terror
belltower.news/samidoun-tarnung-fuer-terror-153123

64 Vgl. Rote Hilfe Ortsgruppe Berlin (19.10.2023): Rote Hilfe Berlin weist Distanzierungserklärung zurück berlin.rote-hilfe.de/rote-hilfe-berlin-weist-distanzierungserklaerung-zurueck

65 Vgl. Bundesanzeiger (02.11.2023): Bekanntmachung eines Vereinsverbots gegen die Vereinigung Samidoun
bundesanzeiger.de/pub/publication/UMOWhKNEkj5ZQUg5Kk6/content/UMOWhKNEkj5ZQUg5Kk6/BAanz%20AT%2002.11.2023%20B12.pdf?inline

66 Alliance for Global Justice (2024): Online-Spenden für Samidoun Deutschland, aufgerufen am 15.05.2024
afgj.salsalabs.org/samindounspenden/index.html

67 Instagram *palestinespeaks* vom 12.11.2023
instagram.com/p/Czj5etrsGng/?img_index=6

68 Twitter/X *PalestinSpricht* vom 07.10.2023

69 Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (2023): Antisemitismus bei BDS. Akteure – Aktionsformen – Wirkungen https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14_Antisemitismus-bei-BDS.pdf

70 Palästina Spricht (2024): Über uns
www.palaestinaspricht.de/ueber-uns

71 Vgl. ZDF (31.01.2024): Links – und antisemitisch?
zdf.de/dokumentation/die-spur/antisemitismus-hamas-terrorattacke-demonstration-100.html

inkl. Facebook *Palästina Spricht* vom 07.10.2023
facebook.com/PalastinaSpricht/posts/617604217211729

72 Ebd. und Generalstaatsanwaltschaft München (20.10.2023): Durchsuchung der Generalstaatsanwaltschaft München wegen Billigung des terroristischen Anschlags der Hamas in Israel
justiz.bayern.de/gerichte-und-behoerden/generalstaatsanwaltschaft/muenchen/presse/2023/20.php

73 Vgl. Marx21 (19.08.2021): Rückkehr der Taliban: Das Ende der Besetzung marx21.de/rueckkehr-taliban-ende-besetzung-afghanistan

74 Vgl. Marx21 (2024): Politischer Islam – eine marxistische Analyse
marx21.de/wp-content/uploads/2014/11/Chris-Harman-Politischer-Islam.pdf

75 Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union: Pressefreiheit unter Druck (16.04.2024): ver.di kritisiert Pressefeindlichkeit auf dem Palästina-Kongress in Berlin dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++bd9b3a7e-fbed-11ee-8ed3-b183638555eb

76 Nähere Informationen zur *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost* finden sich in einer Publikation des *Internationalen Instituts für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung* (IIBSA): iibsa.org/de/neuerscheinung-zur-juedischen-stimme-fuer-gerechten-frieden

77 Vgl. Twitter/X *PolizeiBerlin_E* vom 12.04.2024
twitter.com/PolizeiBerlin_E/status/1778817198787543511

78 Vgl. Die Welt (03.04.2024): Der Star-Redner der Israel-Hasser in Berlin welt.de/politik/deutschland/plus250833752/Palaestina-Kongress-Der-Star-Redner-der-Israel-Hasser-in-Berlin.html

79 Vgl. Tagesspiegel (16.03.2024): Kongress der Terrorverharmloser in Berlin: Diese Redner sollen für die israelfeindliche Veranstaltung zugesagt haben tagesspiegel.de/berlin/kongress-der-terrorverharmloser-in-berlin-diese-redner-sollen-fur-die-israelfeindliche-veranstaltung-zugesagt-haben-11363842.html

80 Vgl. Tagesspiegel (21.03.2024): Teilnehmer fordern Auslöschung Israels: Noch mehr Hassredner bei „Palästina-Konferenz“ in Berlin
tagesspiegel.de/berlin/teilnehmer-fordern-ausloschung-israels-noch-mehr-hassredner-bei-palastina-konferenz-in-berlin-11394458.html

81 Vgl. Tagesspiegel (21.03.2024): Teilnehmer fordern Auslöschung Israels: Noch mehr Hassredner bei „Palästina-Konferenz“ in Berlin
tagesspiegel.de/berlin/teilnehmer-fordern-ausloschung-israels-noch-mehr-hassredner-bei-palastina-konferenz-in-berlin-11394458.html

82 Vgl. Twitter/X *yanisvaroufakis* vom 25.03.2024

↗ twitter.com/yanisvaroufakis/status/1772166534653227153

83 Vgl. Frankfurter Rundschau (20.04.2024): Wirbel bei Palästina-Kongress: Wohl doch Einreiseverbot für Yanis Varoufakis

↗ fr.de/politik/yanis-varoufakis-news-krieg-in-israel-hamas-palaestina-kongress-berlin-einreiseverbot-fuer-93017945.html

84 Vgl. Tagesspiegel (21.03.2024): Umstrittener „Palästina-Kongress“ in Berlin: Polizei überrascht Mitplaner mit Hausdurchsuchungen

↗ archive.ph/hOV5i und [taz \(25.03.2024\): „Palästina-Kongress“ in Berlin: Keine Bühne für Hass](https://taz.de/25.03.2024/„Palästina-Kongress“-in-Berlin-Keine-Bühne-für-Hass) ↗ taz.de/Palaestina-Kongress-in-Berlin/!5997635

85 Instagram *juedischestimme* vom 27.03.2024

↗ instagram.com/p/C5BF_v3sqLX/?img_index=2

86 Instagram *palaestinakongress* vom 12.04.2024

↗ instagram.com/p/C5p6Yi7srRd

87 Palästina-Kongress-Rede von Yanis Varoufakis

↗ diem25.org/palaestina-kongress-rede-von-yanis-varoufakis-von-der-deutschen-polizei-verboden

88 Vgl. Twitter/X *DrorDayan* vom 12.04.2024

↗ twitter.com/DrorDayan/status/1778853456272310283

89 Vgl. Twitter/X *JSNahost* vom 14.04.2024

↗ twitter.com/JSNahost/status/1779490627429786094

90 Vgl. Twitter/X *democ_de* vom 11.10.2023

↗ twitter.com/democ_de/status/1712146511985807398

91 Vgl. Jungle World (24.01.2019): Die anderen Araber

↗ jungle.world/artikel/2019/04/die-anderen-araber

92 Vgl. SWR (28.10.2023): Palästina-Unterstützer in

Baden-Württemberg: Zwischen Trauer und Generalverdacht

↗ swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/palaestina-unterstuetzer-bw-hintergrund-100.html

93 Vgl. Strike Germany (2024): Strike Germany

↗ strikegermany.org

94 Vgl. Jungle World (02.11.2023): Raven gegen Israel

↗ jungle.world/artikel/2023/44/antisemitismus-technoszene-raven-gegen-israel

95 Vgl. Tagesspiegel (06.03.2024): Antiisraelische Kampagne: Was steckt hinter 'DJs Against Apartheid'?

↗ tagesspiegel.de/kultur/antiisraelische-kampagne-djs-against-apartheid-ruhm-den-martyrern-11323213.html

96 Instagram *djsagainstapartheid* vom 27.02.2024

↗ instagram.com/p/C32rX1_03bp

97 Vgl. DJs Against Apartheid (2024): DJs Against Apartheid

↗ djsagainstapartheid.com

98 Vgl. Instagram *raversforpalestine*

↗ instagram.com/raversforpalestine

„ALLE MENSCHEN VOR- BEHALTSLOS SCHÜTZEN UND UNTERSTÜTZEN!“

Anetta Kahane, Gründerin der Amadeu Antonio Stiftung

Wer wir sind

Die *Amadeu Antonio Stiftung*, 1998 gegründet, wurde nach Amadeu Antonio benannt. Antonio wurde 1990 von Neonazis aus rassistischen Motiven getötet. Er ist eines von mehr als 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland seit 1989/90. Die *Amadeu Antonio Stiftung* steht für eine demokratische Zivilgesellschaft – und gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Konsequenz!

Was wir tun

Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet die *Amadeu Antonio Stiftung* auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Methoden. Besonders wichtig ist der Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis. Teilweise werden neue Methoden erprobt. Die *Amadeu Antonio Stiftung* unterstützt Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt, sie berät und fördert Projekte gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Bundesweit!

Was wir wollen

Das Ziel der *Amadeu Antonio Stiftung* ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe und Herkunft, Kultur und Religion, Geschlecht und sexueller Orientierung – gleichberechtigt und gleich sicher leben können. Für Demokratie, Gleichwertigkeit und Vielfalt. Ohne Wenn und Aber!

Was Sie tun können

Viele Menschen teilen die Ziele der *Amadeu Antonio Stiftung* und haben eine klare Haltung – ohne Wenn und Aber – für Demokratie, Gleichwertigkeit, Vielfalt und gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus. Mit Ihrer Spende können Sie die Arbeit der *Amadeu Antonio Stiftung* unterstützen!

Die Stiftung kontaktieren

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
amadeu-antonio-stiftung.de

Der Stiftung spenden

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

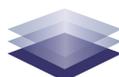


amadeu-antonio-
stiftung.de/spenden-
und-stiften/

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Der Stiftung folgen

✂ AmadeuAntonio
f AmadeuAntonioStiftung
@ amadeuantoniofoundation
amadeuantoniofoundation
AmadeuAntonioStiftung
amadeu-antonio-stiftung



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

